Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

102 (3.5.1935) Zweites Blatt

Visual Library

Nr. 102
Zweites Blatt

Durlacher Tageblatt

Freitag
3. Mai 1935

Macdonalds außenpolitische Erklärung im Unterhaus

London, 2. Mai. Entgegen den Erwartungen weiter politischer Kreise brachte die Erklärung Macdonalds im Unterhaus keinerlei Sensationen oder Ueberraschungen.

Der Ministerpräsident verlas seine gesamten Ausführungen von einem vorbereiteten Schriftstück. Das Haus zeigte ein gewisses Erstaunen darüber, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten nur etwa 20 Minuten lang dauerte und daß Macdonald in kaum einer Frage auf irgend welche Einzelheiten einging, sondern nur **in großen Zügen die allgemeinen Leitsätze der englischen Außenpolitik darlegte.**

Einer der Hauptpunkte der Macdonald-Rede war die Erklärung, daß Deutschland durch sein Vorgehen in den letzten Monaten den Frieden Europas aufs tiefste gestört habe. In Abgeordnetenkreisen rief es aber ein gewisses Aufsehen hervor, daß Macdonald im übrigen kaum irgend welche feindseligen Anspielungen auf Deutschland vorbrachte, wie sie in seinem Aufsatz „Deutschland, Frieden und Stresa" in der Zeitschrift „News Labour" enthalten waren.

Der Kernpunkt der Erklärungen Macdonalds war die bereits angekündigte Mitteilung, daß die englische Regierung **eine Beschleunigung und Ausdehnung des Aufrüstungsprogramms in der Luft beschlossen hat** und daß zu diesem Zweck ein Zusatz-Haushalt eingebracht werden muß. Diese Erklärung wurde vom größten Teil des Hauses mit starkem Beifall aufgenommen.

Im übrigen enthielten die Ausführungen Macdonalds u. a. folgende Hauptpunkte:

1. der Vorschlag Hitlers, Nichtangriffspakte in Osteuropa abzuschließen, soll nicht fallen gelassen werden.

2. Das Londoner Communiqué vom 3. Februar stellt immer noch das unmittelbare Ziel der englischen Außenpolitik dar.

3. Die geplanten deutsch-englischen Flottenbesprechungen werden endgültig stattfinden und zwar unter genau denselben Bedingungen wie die englischen Flottenbesprechungen mit Amerika und Japan.

4. England besteht auf der Erklärung Baldwins, keine zweitklassige Stellung in der Luft gegenüber einer zukünftigen deutschen Luftflotte anzunehmen.

5. Der englisch-italienisch-französischen Zusammenarbeit mißt England große Bedeutung in den Bestrebungen für kollektive Sicherheit bei. Von einem militärischen Bündnis kann jedoch keine Rede sein, und jeder Staat, der den Frieden wünsche, sei bei dieser Zusammenarbeit willkommen.

6. England hat keine neuen Verpflichtungen übernommen.

*

Macdonald führte zur Frage der deutsch-englischen Flottenverhandlungen u. a. aus:

Angesichts der neuen militärischen Lage beabsichtige die englische Regierung, ihre Verteidigungsstreitkräfte in einen Zustand zu versetzen, der der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit gebe. Der englische Außenminister habe seinerzeit in Berlin deutsche Vertreter nach London zur Vorbesprechung eingeladen, die dem Abschluß eines künftigen Abkommens dienen sollten. Diese Einladung sei angenommen worden. Gegenwärtig sei Mitte Mai als Zeitpunkt für den Beginn der Vorbesprechungen in Aussicht genommen. Er müsse seine große Ueberraschung darüber ausdrücken, daß Deutschland diesen Augenblick zur Ankündigung seines Schiffsbauprogrammes gewählt habe, das insbesondere Unterseeboote enthalte. Deutschland hätte nicht glauben dürfen, daß England dies nichts angehe. Der deutsche Entschluß zum Bau von U-Booten sei unheilkündend. Er wolle die ernste Bedeutung dieser Tatsache nicht verkleinern. Aber England sei noch bereit, ohne irgendwie das Recht zu irgend einer Vertragsaufkündigung zuzugestehen — die deutschen Vertreter in London für die beabsichtigten Vorbesprechungen zu empfangen. Diese Besprechungen würden unter genau denselben Bedingungen wie die mit Amerika und Japan stattfinden. Sowohl diese beiden Länder wie auch Frankreich und Italien würden auf dem laufenden gehalten werden.

Der Schluß der Rede war der Luftfahrtfrage gewidmet, wobei der Ministerpräsident von der im November vorigen Jahres von Baldwin abgegebenen Versicherung ausging, daß England unter keinen Umständen irgend einer künftigen deutschen Luftstreitkraft unterlegen zu sein wünsche. Am 3. April sei dem Unterhaus mitgeteilt worden, daß zwischen Deutschland und Großbritannien Luftgleichheit bestehe. Wie auch immer diese Redewendung technisch ausgelegt werden möge, so deute sie zweifellos an, daß die deutsche Luftstreitkraft beträchtlich jenen Punkt überschritten habe, der die Grundlage der vorjährigen Voranschläge gekennzeichnet habe. Das sei eine ernste Tatsache. Die britische Regierung fordere mit allem ihr zu Gebote stehenden Einfluß die Einstellung eines kostspieligen und verderblichen Wettbewerbs in der Luft. Es sei notwendig, daß die fraglichen Mächte ihre Luftrüstungen innerhalb bestimmter Grenzen, die frei auszuhandeln seien, beschränken sollten. Die englische Politik ziele auf eine kombinierte Verteidigung, auf kollektive Sicherheit und auf ein internationales Abkommen über die Rüstungen hin. Er wiederhole, daß kein Militärbündnis, sondern weitgehende Zusammenarbeit ins Auge gefaßt sei.

Fortsetzung der Unterhausaussprache

Churchill und Chamberlain

DNB. **London** 2. Mai. Der neu gewählte konservative Abgeordnete Sandys erklärte in seiner „Jungfernrede" u. a., Deutschland habe nie vergessen, daß ihm der Versailler Vertrag mit der Spitze des Bajonetts aufgezwungen worden sei. Es habe daher nichts Ehrenrühriges darin gesehen, sich von den erniedrigenden Vertragsbestimmungen zu befreien. „Ich habe erschöpfende Nachfragen in den höchsten Kreisen in Berlin angestellt und bin dahin unterrichtet worden, daß Deutschland ohne Einschränkungen die Bedingungen des Locarno-Vertrages einhalten wolle. Meiner Ansicht nach bringt die Ankündigung des deutschen Aufrüstungsprogrammes in Wirklichkeit neue Hoffnung auf eine allgemeine Rüstungsbegrenzung in allen Ländern. Im übrigen wandte sich Sandys gegen ein Wiedererstehen Deutschlands als Kolonialmacht.

Als nächster Redner folgte der Vertreter der konservativen „Diehards", Winston Churchill. Er lehnte die Auffassung ab, daß die alliierten Mächte ihrerseits den Versailler Vertrag gebrochen hätten. England habe in den letzten zehn Jahren viel getan, um freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland herzustellen und Deutschland zu einer Stellung zu verhelfen, die seiner Würde entspreche, ohne eine Gefahr für andere Nationen zu sein. Er stimme der Regierungspolitik zu, wie sie in der Entschließung des Völkerbundes über die deutsche Aufrüstung, in der Erklärung von Stresa und schließlich in dem Artikel Macdonalds in der Zeitschrift „News Letter" zum Ausdruck komme. Er bedauere jedoch, daß die Regierung diese Maßnahmen zu spät ergriffen habe. Deutschland erstrebe in der Luft, zu Lande und zu Wasser eine Vorherrschaft über das übrige Europa. Alle früheren Erklärungen englischer Minister über die deutsche Luftstärke seien völlig unrichtig gewesen. Churchill befürwortete dann eine Zusammenarbeit Englands „mit den anderen freundlich gesinnten Mächten, die den Frieden bewahren sollen". Die Mitarbeit irgend einer anderen Regierung solle nicht abgelehnt werden, falls sie sich der Autorität des Völkerbundes unterwerfe.

Sir Austen Chamberlain erklärte, daß ihn ebenso wie Churchill die Unkenntnis der Regierung über die Ereignisse in Deutschland überrasche. Er hoffe, daß die englischen Wehrmaßnahmen auf das Stärkste beschleunigt würden, wie es den Gefahren des Augenblicks entspräche. In gewissen Kreisen, so fuhr Chamberlain fort, werde immer wieder gesagt, daß der Versailler Vertrag ein diktierter und nicht ein verhandelter Frieden sei. „Meiner Ansicht nach wäre es jedoch sehr schwierig, die Grenzen der europäischen Staaten gerechter zu ziehen, als sie durch den Versailler Vertrag gezogen wurden. Ich will jedoch damit nicht sagen, daß keine Zugeständnisse mehr zu machen wären, oder daß wir alle Hoffnungen erfüllt hätten. Wenn man mich fragt, ob man erwarten könne, daß Deutschland für alle Zeiten durch eine einseitige Abrüstung gebunden bleiben solle, dann sage ich: „Nein". Der wirkliche Ernst der Lage sei in dem Zeitpunkt zu sehen, den Deutschland gewählt habe, um sich den Abrüstungsbestimmungen zu entziehen. Deutschland dürfe sich nicht über eine Einkreisung beklagen, wenn es sich weigere, den Einladungen der anderen Mächte zu folgen. Es sei nicht überraschend, wenn die anderen Staaten sich zusammentun, um für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Wenn Deutschland als friedfertiger Partner beitreten wolle, sei es willkommen. Wolle es sich aber nicht der Staatenfamilie anschließen, sondern den anderen seinen Willen aufzwingen, dann werde ihm wiederum England im Wege stehen. In England und dem britischen Weltreich werde Deutschland auf eine Macht stoßen, die seiner wiederum Herr werden werde.

Das Haus spendete Sir Austen Chamberlain lauten und anhaltenden Beifall.

Im weiteren Verlauf der Aussprache bezweifelte der liberale Abgeordnete Mander den praktischen Wert der geplanten Konferenz von Rom, denn diese Konferenz, die über Mittel und Wege zur Garantierung der Unabhängigkeit Oesterreichs sprechen solle, werde unter der Schutzherrschaft eines Staates stattfinden, der alles tue, um die Unabhängigkeit Abessiniens zu zerstören.

Der konservative Sir Arnold Wilson erklärte, er habe bei einem Besuch in Deutschland den Eindruck gewonnen, daß es sehr wohl möglich sei, mit Deutschland auf einer Grundlage zu verhandeln, die weit dauerhafter sein würde als irgend einer der zahllosen Pakte. Er glaube an die Aufrichtigkeit Hitlers und seine leidenschaftliche Verurteilung der Angriffe aus der Luft. Sowjetrußland müsse an den Verhandlungen zwischen England und Europa, soweit es sich um die Luftfahrtfragen handele, teilnehmen.

Rede Sir John Simons

Außenminister Sir John Simon schloß dann die Aussprache. Die Antwort auf die Frage Lansbury, ob die Regionalpakte als ein Ersatz oder als Alternative für den Völkerbundspakt betrachtet werden müßten, so erklärte der Außenminister, laute verneinend. Es bestehe kein vernünftiger Grund für Aufstellung des Völkerbundspaktes auf der einen und regionaler Pakte auf der anderen Seite, als ob sie einander widersprechende Methoden gegenseitiger Unterstützung seien. Der Locarnopakt sei ein Regionalpakt, sei vom Völkerbund gebilligt und als Muster für ähnliche Abmachungen bezeichnet worden. Der Völkerbundsrat, fuhr Simon fort, habe erst kürzlich im Hinblick auf die von der deutschen Regierung angekündigten Beschlüsse eine Sondertagung abgehalten. Deutschland sei eines derjenigen Länder gewesen, das die im Londoner Protokoll unternommenen Bemühungen gebilligt habe; diejenigen Länder, die die Initiative ergriffen hätten, seien aufgefordert worden, die Verhandlungen fortzusetzen und im Rahmen des Völkerbundes jene regionalen Abmachungen herbeizuführen, gleichgültig, ob sie sich auf den Osten Europas oder den Süden bezögen. Niemand könne vorgeben, daß die Bemühungen um ein regionales Abkommen auf der Grundlage einer größeren gegenseitigen Unterstützung in einem großen Teil der Welt den Grundsätzen des Völkerbundspaktes widersprechen.

Simon wandte sich dann der anderen Frage Lansburys zu, ob die englische Regierung gewillt sei, sich für die Abschaffung der Kriegsführung in der Luft einzusetzen, falls auch die anderen Regierungen dies tun würden. Der Minister verwies den Fragesteller auf den bekannten Abrüstungsplan Macdonalds, der u. a. die Forderung einer völligen Abschaffung der Militärluftfahrt enthalte. Als einzige Bedingung sei damals eine wirksame Ueberwachung der Verkehrsluftfahrt verlangt worden. England stehe auch heute noch zu diesem Vorschlag. Die Frage von Luftstreitkräften für Polizeizwecke in gewissen abgelegenen Gebieten sei niemals ein Hindernis für einen Fortschritt in dieser Angelegenheit gewesen.

Was die von Sir Herbert Samuel erwähnte englische Verantwortlichkeit unter dem Locarnovertrag nach dem französisch-sowjetrussischen Abkommen angehe, das Donnerstag abend unterzeichnet worden sei, so laute die Antwort sehr entschieden: Sollten Sowjetrußland und Deutschland in einen Konflikt geraten und Frankreich in Deutschland einmarschieren, um Sowjetrußland Hilfe zu leisten, so würde dies England nicht automatisch in den Streit verwickeln. Greife Deutschland Sowjetrußland an und Frankreich eile in Erfüllung des französisch-sowjetrussischen Vertrages den Russen zu Hilfe, indem es Deutschland angreift, dann lege der Locarnovertrag England unter diesen Umständen keine Verpflichtung auf, Deutschland Hilfe zu leisten.

Dies sei die allgemeine Auffassung und er, Simon, nehme an, daß Sir Austen Chamberlain dies bestätigen werde. Um dieser Auffassung, daß Deutschland in einem solchen Fall England nicht unter Berufung auf den Locarnovertrag anrufen kann, Gültigkeit zu verleihen, müsse natürlich die Hilfeleistung Frankreichs für Sowjetrußland gewissen Bestimmungen des Völkerbundspaktes entsprechen, auf die im Locarnovertrag selbst Bezug genommen sei. Die Bestimmungen des französisch-sowjetrussischen Paktes seien, wie versichert werde, derart, daß sie sämtlich den Funktionen des Locarnovertrages untergeordnet seien. Daraus folge, daß die britischen Verpflichtungen heute unter dem Locarnovertrag ebensowenig vermehrt worden seien, wie damals, als Frankreich gleichzeitig mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung abgeschlossen habe.

Sir John Simon beschäftigte sich dann mit der Frage der Luftrüstungen und erklärte, es sei tatsächlich so, daß der Umfang des deutschen Flugzeugbaues erheblich schneller zugenommen habe, als die englischen Berater im vergangenen Herbst für wahrscheinlich gehalten haben. Alle diese Fragen würden in der bevorstehenden wehrtechnischen Aussprache behandelt werden. Er müsse bei dieser Gelegenheit noch einmal die Erklärung in Erinnerung zurückrufen, die der Reichskanzler ihm und dem Lordsiegelbewahrer gegenüber abgegeben habe, daß Deutschland Luftparität mit England habe. Diese Erklärung sei durchaus nicht vor technischen Sachverständigen oder im Verlauf einer ausgedehnten technischen Erörterung gemacht worden; es sei seine Pflicht, dem Unterhausmitzuteilen, daß inzwischen größere Klarheit über die Bedeutung dieser Erklärung herbeigeführt worden sei. Sie bedeute, daß die Stärke der deutschen Frontlinienflugzeuge einer britischen Frontlinienstärke von 800 oder 850 Flugzeugen entspreche. Diese Ziffer schließe nicht die Hilfsflugzeuge und besondere Reserveeinheiten, wohl aber die britischen Ueberseeziffern ein.

Simon fuhr fort: Ich nehme an, es ist fair, zu sagen, daß der deutsche Kanzler erklärte, er wünsche Mitteilung über die endgültigen Bedürfnisse Deutschlands zu machen. Es hinterließ bei uns starken Eindruck, daß der Kanzler erklärte, es würde nach seiner Meinung falsch sein, gewisse Forderungen jetzt vorzubringen, um sie später zu erhöhen, ebenso wie es falsch sein würde, jetzt zu schweigen, um später ein völlig neues Thema aufzuwerfen. Das kam in der sehr eingehenden Aussprache über die Frage einer Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund zum Ausdruck. Ich gewann den Eindruck, daß es nach Meinung des Kanzlers für Deutschland ganz unmöglich sein würde, nach Genf zurückzukehren und da etwa neue Forderungen vorzubringen, die bis dahin der Welt verborgen geblieben waren. In einigen Fällen, bei denen er Ziffern über die künftige deutsche Flotte erwähnte, von denen ich am 9. April Mitteilung machte, wies der Reichskanzler darauf hin, daß ihre praktische Verwirklichung nicht sofort stattfinden könne, sondern erst nach einer gewissen Zeit.

Alles das legte der Kanzler mit dem Hinweis darauf dar, daß er die Haltung Deutschlands freimütig, vollständig und endgültig schildere. Der Kanzler versicherte, daß es sich hier nicht um Bruchstücke einer Erklärung handele. Wir drängen sehr stark auf die Rückkehr Deutschlands nach Genf. Ich muß bekennen, daß mich seine Haltung sehr enttäuschte. Seinen ersten Einwand konnten wir voll verstehen. Er lautete, daß der Völkerbund mit einem durch den Versailler Vertrag errichteten System verbunden sei und daß die Völkerbundssatzung einen Teil des Vertrages darstelle. Die einzige Antwort hierauf lautete, daß, wenn dies das wirkliche Hindernis sei, wir zusammenarbeiten müßten, um sie zu trennen und die Völkerbundssatzung zu einem völlig unabhängigen Dokument zu machen, obwohl sie ursprünglich ein Bestandteil des Vertrages war.

Hitlers Hauptargument, fuhr Simon fort, war, daß Deutschland in mancher Hinsicht ein Land minderen Rechtes sei. Ich brauche dem Hause nicht mitzuteilen, daß die Vertreter der britischen Regierung ihr Aeußerstes taten, um dieser Auffassung entgegen zu treten. Wir wiesen darauf hin, daß dem Locarnovertrag die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund als Mitglied des Rates folgte. Hitler bestand sehr stark auf dem Einwand, wie ich bereits sagte, daß die Völkerbundssatzung mit dem Versailler Vertrag zusammenhängt. Japan, so wurde erklärt, habe den Völkerbund verlassen und übe nichts desto weniger die Verwaltung einer früheren deutschen Kolonie aus. Falls Deutschland als nicht geeignet für die Verwaltung irgend einer Kolonie angesehen werde, wo bleibe da die Gleichberechtigung? Wir entgegneten, daß die Zuteilung von Mandaten keine Frage sei, die die einzelnen Mitglieder des Völkerbundes sondern den Völkerbund selbst angehe.

An dieser Stelle der Simon-Rede gab Sir Austen Chamberlain eine kurze Zwischenerklärung ab, in der er sagte, daß ein völlig falscher Eindruck entstehen würde, wenn man die Aeußerung Simons in dieser Form hinnehme. Die Mandate seien von den Mächten in Versailles verteilt worden, und die unter Mandatsverwaltung stehenden Gebiete seien unter die Obhut des Völkerbundes gestellt worden. Aber es sei niemals beabsichtigt gewesen, dem Völkerbund Vollmachten für die Uebertragung eines Mandates von einer Macht auf die andere zu geben.

Simon widersprach der Ansicht Chamberlains, daß seine Aeußerungen geeignet seien, einen falschen Eindruck zu gewinnen. Eden und er hätten klar zum Ausdruck gebracht, daß die Uebertragung von Mandaten eine nicht zur Erörterung stehende Frage sei. Soweit es sich um England handele, sei der deutsche Kanzler über die englische Haltung in dieser Angelegenheit nicht im Unklaren gelassen worden. Nach seiner Ansicht sei diese Frage kein Grund, warum Deutschland glaube, sich in einem Zustande der Inferiorität sehen zu müssen.

Es ist, erklärte Simon weiter, keineswegs so, daß Rüstungen an sich eine endgültige Lösung bieten, aber sie sind eine Vorbedingung für den Kurs, dem wir jetzt zuzustimmen bitten. Wir sagen dies Deutschland in aller Freundlichkeit. Deutschland verhilft sich selbst zur Gleichberechtigung durch einseitige Maßnahmen. Jawohl. Aber Deutschland war eine von den Mächten, die die Fünfmächteerklärung über die Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit unterzeichneten. Was ist Deutschland jetzt zu tun gewillt, um bis zu einem gewissen Grade jenes Gefühl der Sicherheit wieder herzustellen, das durch die kürzlichen Ereignisse so ernstlich berührt, wenn nicht erschüttert worden ist? England hat die Tür offen gelassen und versucht, die Hindernisse zu beseitigen. Wir wollen uns nicht an einem sinnlosen, endlosen und hoffnungslosen Rüstungswettlauf bis in alle Ewigkeit beteiligen, sondern wir sind verpflichtet, im Interesse der Sicherheit und des Friedens in Europa und der Welt die Sicherheit dieses Landes gegen alles herbeizuführen. Niemand kann uns in der Welt verdächtigen, in der wir eine große Aufgabe als Mittler haben und in der wir Deutschland beschwören, zu zeigen, daß es bereit ist, seine Rolle nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu spielen. (Beifall.) — Damit war die Aussprache beendet.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Die Opposition zur Macdonald-Rede

DNB. **London,** 2. Mai. Nach der Erklärung Macdonalds sprach der greise Oppositionsführer Lansbury. Er sei außerordentlich enttäuscht darüber, daß sich die Ausführungen des Ministerpräsidenten in der Hauptsache auf eine Erhöhung der Rüstungen als Vorbedingung für den Frieden bezogen hätten. Lansbury bat den Außenminister, in seiner Schlußrede mitzuteilen, ob die englische Regierung bereit sei, zusammen mit anderen Regierungen den Luftkrieg in Europa und in der ganzen Welt abzuschaffen. (Beifall). Hitler habe erklärt, daß Deutschland zur Abschaffung jeder Waffe bereit sei, die von den anderen Mächten abgeschafft werde. Die englische Regierung antworte ihm jedoch nur, daß man sich nicht auf sein Wort verlassen könne. Der Angelpunkt der ganzen Lage sei die Tatsache, daß der Versailler Vertrag nicht ein verhandelter, sondern ein aufgezwungener Vertrag sei. Die Verletzung einer solchen Abmachung sei nicht dasselbe wie die Verletzung einer wirklichen Vereinbarung. England sollte edel genug sein, die Schwierigkeiten zu erkennen, gegen die Deutschland in den vergangenen 18 Jahren gekämpft habe. Er beglückwünsche die englische Regierung, daß sie die „Tür weit offen" für Deutschland gelassen habe.

Der Führer der Liberalen, Sir Herbert Samuel, erklärte u. a., es beständen zwei Gründe dafür, warum die öffentliche Meinung Englands nicht von ganzem Herzen eine Zusammenarbeit der anderen Mächte gegen Deutschland unterstütze. Erstens hätten alle anderen Mächte ein schlechtes Gewissen, da ein Teil der deutschen Beschwerden berechtigt sei. (Beifall.) Wenn tatsächlich eine juristische Vertragsverletzung auf der einen Seite vorliege, — habe nicht auf der anderen Seite eine moralische Vertragsverletzung stattgefunden? Zweitens kenne jedermann die Gefahr, daß die Worte „kollektives System", „Heiligkeit der Verträge" und andere Phrasen vielleicht nur ein Deckmantel für die Beibehaltung des status quo und für die Ablehnung einer europäischen Revision seien. Wir arbeiten auch nicht mit großer Begeisterung mit Staaten zusammen, die berechtigten Beschwerden gewisser europäischer Mächte nicht entgegenkommen wollen. Wir fürchten sehr, daß sich aus dem System der kollektiven Sicherheit im Laufe der Zeit schrittweise ein System der Bündnisse entwickeln könnte. Samuel stellte dann folgende Frage an die Regierung: „Ist England automatisch zur Intervention verpflichtet, wenn Deutschland und Sowjetrußland durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall in Osteuropa in Streit geraten und hierdurch die militärischen Bestimmungen des französisch-sowjetrussischen Vertrages in Kraft treten?"

Ministerpräsident Macdonald schüttelte den Kopf.

Samuel fuhr fort: „Der Ministerpräsident hat eine Verneinung dieser Frage angedeutet. Ich hoffe, daß eine derartige Intervention unter keinen Umständen stattfindet."

Im zweiten Teil seiner Ausführungen richtete Samuel scharfe Angriffe gegen das neue Deutschland, gegen seinen angeblich militärischen Geist und seine „kriegerische Stellungnahme" in Fragen von internationaler Bedeutung. Man solle Deutschland zu verstehen geben, daß es eine einstimmige Entrüstung in England hervorrufen würde, „wenn es seinen Kurs weiter verfolge und wenn es zu keiner Rüstungsvereinbarung komme".

*

Eine Anfrage im Unterhaus

DNB. **London,** 2. Mai. Im Verlauf der Unterhausdebatte am Donnerstag lenkte ein Abgeordneter die Aufmerksamkeit des Außenministers auch auf das am vergangenen Samstag von den Komintern veröffentlichte Manifest. In dem Manifest ist bekanntlich ein neues Programm für eine Räteregierung in England aufgestellt worden. Der Abgeordnete fragte, welche Schritte der Außenminister in dieser Angelegenheit unternehmen wolle.

Für den Außenminister erwiderte Unterstaatssekretär Colville, Sir John Simon werde zunächst einen Bericht über dieses Schriftstück vom britischen Botschafter in Moskau abwarten. Erst dann könne entschieden werden, ob irgend ein Vorgehen der englischen Regierung erforderlich ist.

*

Außenpolitische Aussprache im Oberhaus

über Vertragsrevision

London, 2. Mai. Am Mittwoch abend fand im Oberhaus eine bemerkenswerte außenpolitische Aussprache statt, in der hauptsächlich die Frage der **Vertragsrevision** behandelt wurde. Der liberale Lord Davies eröffnete die Aussprache mit einem Antrag, die englische Regierung soll im Zusammenhang mit dem westeuropäischen Luftpaktplan Schritte tun, um Artikel 19 der Völkerbundssatzung durch ein Verfahren zur Revision von Verträgen zu ergänzen. Lord Davies erklärte u. a., daß Frankreich, England und Italien die deutsche Regierung zwar zur Beteiligung **an einem Luftpakt eingeladen hätten,** daß sie in Wirklichkeit aber **versuchten, Deutschland zur Unterzeichung des Status quo zu bewegen.** Niemand könne sich einbilden, daß durch die Einkreisung Deutschlands durch einen Ring bewaffneter Nationen ein ständiger Frieden herbeigeführt werden könne.

Der liberale Abgeordnete Lord Esher erklärte, daß es unfair sei, Deutschland des alleinigen und einseitigen Vertragsbruches zu bezichtigen.

Lord Lothian setzte sich sehr energisch für eine Vertragsrevision ein. Hierbei erklärte er u. a.: Wenn es Frieden geben soll, dann muß Deutschland einen Platz in der Welt erhalten, der ihm zukommt. Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, daß der Friede Europas auf irgend eine andere Grundlage gestellt werden kann. Zur Frage der entmilitarisierten Zone sagte Lord Lothian, es sei zwecklos, zu glauben, daß sich eine große Nation auf lange Zeit hinaus darein fügt, daß eines ihrer größten Gebiete dem Einmarsch benachbarter Staaten offen steht, ohne das Recht zur Selbstverteidigung zu haben. Es ist daher die Pflicht der Staatsmänner, diese Dinge rechtzeitig zu verhandeln und eine Vereinbarung zu erzielen.

Schließlich kam Lord Lothian auf das Kolonialproblem zu sprechen und erklärte, die deutschen Kolonialwünsche müßten eher als eine Frage der nationalen Ehre, denn als wirtschaftliches Problem betrachtet werden. Die Kolonialfrage müsse früher oder später am Konferenztisch abgeändert oder in praktischer Weise in Angriff genommen werden. Diese Dinge müßten erfüllt werden, wenn der Völkerbund weiter leben soll. Lord Lothian erklärte dann, man könne allerdings nicht verheimlichen, daß in England und anderen Ländern Beunruhigung darüber herrsche, ob sich das gegenwärtige Regime in Deutschland vielleicht nicht nur mit der Revisionsfrage beschäftige, sondern mit der Möglichkeit einer „Umstoßung des Weltkriegsurteils". Das einzige Mittel dagegen sei die Bereitschaft, eine vernünftige Revision in Angriff zu nehmen. Wenn dies nicht zu einer Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund und zu einer Rüstungsbegrenzung führen sollte, dann sehe sich England vor sehr große Entscheidungen gestellt.

Im weiteren Verlauf der Oberhaus-Aussprache erklärte Lord Cecil jeder Plan für die Befriedung Europas müsse einen angemessenen Apparat für die **Revision veralteter, unbrauchbarer oder ungerechter Verträge umfassen.**

Lord Allen of Hurtwood sagte u. a., er habe die Dinge in Deutschland mit eigenen Augen gesehen. Seiner Ansicht nach ist es unbedingt erforderlich, Schritte für die **Revision der Rüstungsklausel des Versailler Vertrages** zu unternehmen.

Im Namen der Regierung beendete der parlamentarische Unterstaatssekretär des Aeußeren, Lord Stanhope, die Aussprache. Er sagte u. a., er könne nicht glauben, daß die von Hitler vorgeschlagene **Zahl von 36 Infanteriedivisionen für die anderen europäischen Mächte auch nur annähernd annehmbar** sei, doch müsse man noch ein wenig auf die Entwicklung der Lage warten, denn seiner Ansicht nach werde eine abwartende Haltung im Hinblick auf die zu erwartende Rede des Führers gerechtfertigt sein. Dann ging Lord Stanhope plötzlich zu einem Angriff auf Lloyd George über, indem er bemerkte: Wer auch immer den Krieg gewonnen habe, **Lloyd George sei der Mann, der den Frieden verloren habe.** Er betonte übrigens, daß er diese Bemerkung nur in seinem eigenen Namen mache.

Der Grund dafür, daß Artikel 19 des Völkerbundspaktes noch niemals zur Anwendung gebracht worden sei, liege darin, daß es stets einige Nationen gegeben habe, die sich seiner praktischen Anwendung widersetzten. Lord Stanhope erklärte: „Bevor ein großes Gefühl der Freundschaft und des Vertrauens zwischen den Nationen hergestellt werden kann, wird jedes etwaige Verfahren für die Aenderung von Grenzen offenbar nur zu Mißverständnissen, Schwierigkeiten und Reibungen führen, die größer sind, als wenn die Dinge beim Alten gelassen werden."

Auf den Gedanken einer internationalen Polizeimacht zurückkommend, verwies Lord Stanhope auf die praktischen Schwierigkeiten und bemerkte, die 36 Divisionen Deutschlands zum Beispiel würden eine Polizeimacht von 2 oder 3 Millionen Mann notwendig machen. Am Schluß seiner Rede kam der Wortführer der Regierung auf den Deutschland vorgeworfenen Vertragsbruch zu sprechen und sagte, er glaube, Hitler habe es klar gemacht, daß er nach Regelung der Saarfrage keine territorialen Wünsche im Hinblick auf Frankreich oder auf eine andere westeuropäische Nation habe. Was das Rheinland betreffe, so falle es unter den Locarno-Vertrag. Dieser gehöre zu den Verträgen, die Deutschland freiwillig unterzeichnet habe und die somit einer ganz anderen Kategorie angehörten, als die aufgezwungenen Friedensverträge. Selbstverständlich würde eine äußerst ernste Lage entstehen, wenn in England oder anderswo angeregt würde, nicht nur den auferlegten Vertrag von Versailles, sondern auch Verträge wie den von Locarno für ungültig zu erklären.

Abwertung des Danziger Gulden

um 42 Prozent

Danzig, 2. Mai. Der Senat der Freien Stadt Danzig erläßt folgenden vom Senatspräsidenten und sämtlichen Senatoren unterzeichneten Aufruf an die Danziger Bevölkerung:

Seit Wochen und Monaten haben bestimmte Elemente Gerüchte verbreitet, der Danziger Gulden sei in Gefahr. Mit diesen Methoden hoffte man nicht nur das nationalsozialistische Regime zu kompromittieren, sondern auch eine Anweisung zu erteilen, auf welchem Wege der Sturz der Regierung herbeigeführt werden konnte. Tatsächlich haben nun teils vielleicht verängstigte, in weitaus überwiegenden Fällen aber gewissenlose Elemente versucht, in den letzten Tagen steigend Guthaben bei den Banken und Sparkassen abzuheben, um sie in Zloty und andere Währungen umzutauschen und somit spekulativ zu verwerten. Durch dieses landesverräterische Treiben schien der Danziger Gulden trotz der seit langer Zeit vom ganzen deutschen Volke geleisteten unermeßlichen Opfer am Ende tatsächlich in Gefahr zu kommen, zumal ein Schutz durch die Einführung einer staatlichen Devisenzwangsvorschrift infolge der geltenden Verträge nicht möglich war. Um diese für die Existenz des deutschen Danzig außerordentlich bedrohliche Entwicklung zu unterbinden, hat die Danziger Regierung mit dem heutigen Tage das Gesetz des Handelns in ihre Hand genommen und nach reiflicher Ueberlegung dem Beispiel Englands, Skandinaviens, Amerikas Belgiens und Polens folgend, **eine Neubewertung des Guldens auf fester Goldbasis** vorgenommen. Denn wenn schon gewissenlose Spekulanten versuchen, auf Kosten der anständigen Bevölkerung mit dem Zloty zu spekulieren, dann wird die Regierung als Antwort gerade auf Kosten dieser Spekulanten die Interessen der Gesamtheit wahrnehmen. Mit dieser Maßnahme wird sie verhindern, daß fernerhin zu Lasten der anständigen schaffenden Bevölkerung mit dem Danziger Gulden noch weitere Spekulationen gemacht werden. Es besteht daher nicht nur keine Veranlassung, daß die Danziger Bevölkerung deswegen unruhig wird, sondern im Gegenteil die Gewißheit, daß damit wieder solide und erträgliche Verhältnisse geschaffen werden.

*

Fünf Verordnungen des Senats

Der Danziger Senat hat in einer Nachtsitzung einstimmig beschlossen, zur Durchführung der Umwertung des Danziger Gulden fünf Verordnungen zu erlassen: 1. Das Münzgesetz, 2. das Notenbankgesetz, 3. die Einsetzung eines Staatskommissars zur Ueberwachung der Preisgestaltung, 4. die Ladengeschäfte, 5. die Aufhebung der bisher in Danzig bestehenden Einschränkungen für den Ankauf der Registermark.

Zur Umwertung des Danziger Gulden ist noch folgendes mitzuteilen: **Der Wert des Danziger Gulden ist mit sofortiger Wirkung um 42,37 Prozent herabgesetzt worden. Demnach sind 100 Gulden der bisherigen Währung gleich 170 des neuen Danziger Gulden. 100 RM. sind nunmehr gleich 212 Danziger Gulden.**

Der Gulden steht damit noch etwas über dem Wert des polnischen Zloty, der bekanntlich bereits zweimal abgewertet worden ist. Die Golddeckung des Danziger Gulden, dessen Umwertung nicht ganz überraschend erfolgt ist, ist durch den Beschluß der Danziger Regierung erheblich erhöht worden. Eine Schließung der Sparkassen und Banken ist nicht beabsichtigt, da nach der Stabilisierung des Danziger Gulden auf einen festen Kurs kein Anlaß zu einem Sturm auf die Schalter besteht. Zum Staatskommissar zur Ueberwachung der Preisgestaltung ist Senator von Wnuck, der gleichzeitig Präsident des Danziger Volkstages ist, ernannt worden.

*

Die Danziger Währungsverordnungen

Die bereits angekündigten Verordnungen der Danziger Regierung zur Durchführung der Umwertung des Danziger Guldens sind im Gesetzblatt für die Freistadt Danzig veröffentlicht worden. Es handelt sich um folgende Verordnungen:

1. Verordnung zur Abänderung des Münzgesetzes. Im Paragraph 1 dieser Verordnung heißt es: „In der Freien Stadt Danzig gilt die Goldwährung. Ihre Rechnungseinheit bildet der Gulden (G.) mit einem Wertverhältnis von 0,1687923 Feingold (1 Kilogramm Feingold gleich 5924,44 Gulden). Der Gulden ist eingeteilt in 100 Pfennig (Pf.)." Die Verordnung enthält weitere technische Bestimmungen über die Münzausprägung.

2. Verordnung zur Abänderung des Notenbankgesetzes. Durch diese Verordnung wird die Golddeckungspflicht für die in Umlauf befindlichen Noten der Bank von Danzig auf mindestens 30 v. H. festgesetzt.

3. Verordnung zur Verhinderung ungerechtfertigter Preissteigerungen. Darnach werden Preissteigerungen für Gegenstände und Leistungen aller Art aus Anlaß der Herabsetzung des Goldwertes des Guldens bis auf weiteres verboten, soweit es sich um Lieferungen und Leistungen für den Inlandsbedarf handelt. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der beim Senat eingerichteten Preisprüfungsstelle. Die Genehmigung soll in der Regel nur erteilt werden für aus dem Ausland nach Erlaß dieser Verordnung eingeführten Rohstoffe und Waren sowie für solche Gegenstände und Leistungen, zu denen ausländische Rohstoffe und Waren verwandt werden. Die Preisprüfungsstelle kann für Gegenstände des täglichen Bedarfs Richt- und Höchstpreise festsetzen. Für Zuwiderhandlungen werden schwere Geld- und Freiheitsstrafen angedroht. Außerdem kann die Preisprüfungsstelle Ladengeschäfte, deren Inhaber gegen die Verordnung verstoßen, bis zur Dauer von vier Wochen schließen.

4. Verordnung über die vorübergehende Schließung von Ladengeschäften. In dieser Verordnung wird festgesetzt, daß der Senat, um Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung aus Anlaß der Herabsetzung des Goldwertes des Guldens zu vermeiden, die vorübergehende Schließung von Ladengeschäften anordnen kann. Ausgenommen hiervon sind Lebensmittelgeschäfte, Gaststätten, Apotheken, Bestattungsgeschäfte und Reisebüros.

5. Verordnung über den Handel in Registermark. Durch diese Verordnung werden die bisher in Danzig bestehenden Einschränkungen für den Ankauf der Registermark aufgehoben.

*

Reibungslose Abwicklung der Guldenumwertung

Danzig, 2. Mai. Die Umwertung des Danziger Guldens ist von der Danziger Bevölkerung mit einer Ruhe und Disziplin aufgenommen worden, wie sie bei ähnlichen Vorgängen in anderen Ländern nirgends zu verzeichnen war. Lediglich vor den Plakatsäulen sah man kleine Menschengruppen, die den Aufruf der Regierung in aller Ruhe besprachen. Im übrigen ist es nirgends zu Ansammlungen gekommen. Auch ein Ansturm auf die Schalter der Banken und Sparkassen ist an keiner Stelle erfolgt. Auszahlungen erfolgten überall in der gewohnten Weise. Die Stadt bietet das gewohnte Alltagsbild.

*

Regierungserklärung zur Guldenumwertung vor dem Volkstag

DNB. **Danzig,** 2. Mai. Der Danziger Volkstag trat Donnerstag nachmittag zur Entgegennahme einer Erklärung des Senatspräsidenten zur Umwertung des Danziger Gulden zusammen.

Senatspräsident Greiser gab zunächst einen Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Danzigs seit der Abtrennung vom Reich. Der Präsident hob dabei hervor, daß die Autonomie der Freien Stadt durch aufgezwungene Verträge von vornherein eingeengt worden sei. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sei Danzig durch die Eingliederung in das polnische Zollhoheitsgebiet die Möglichkeit genommen worden, alleiniger Herr seiner Wirtschaftspolitik zu sein. Der Senatspräsident erwähnte dann u. a. die schweren Verluste, die Danzig durch den polnischen Zollverteilungsschlüssel, durch die seinerzeit erfolgte Zlotyabwertung und durch andere äußere Einwirkungen erlitten hat. Bereits die früheren Danziger Regierungen hätten die unbedingte Aufrechterhaltung der alten Danziger Währung unter den obwaltenden Verhältnissen mit dem hohen Preis einer sich fortgesetzt steigernden Arbeitslosigkeit bezahlen müssen. Die nationalsozialistische Danziger Regierung habe versucht, die Stabilität des alten Gulden aufrecht zu erhalten. Es bleibe ihr historisches Verdienst, daß es ihr trotzdem gelungen sei, im Laufe von 1½ Jahren die Zahl der Arbeitslosen von 42 000 auf 18 000 herabzudrücken.

Die nationalsozialistische Regierung hätte trotz der schweren wirtschaftlichen Lage im In- und Auslande an der von ihr verfolgten Politik der Aufrechterhaltung der alten Danziger Währung auch weiterhin festgehalten, wenn nicht in der letzten Zeit die Feinde der nationalsozialistischen Bewegung die Gelegenheit ergriffen hätten, durch Verbreitung von unwahren Gerüchten und durch gewissenlose Spekulationen den Angriff auf die Danziger Notenbank systematisch vorzutragen. Die Danziger Regierung habe sich zu diesem Vorgehen um so eher entschließen müssen, als Danzig durch den Versailler Diktatfrieden vom deutschen Mutterlande losgelöst und in eine eigenstaatliche Existenz ohne die Möglichkeit zur Führung einer völlig unabhängigen eigenen Wirtschaftspolitik hineingezwungen worden sei.

Senatspräsident Greiser fuhr dann fort: Die Neubewertung des Gulden stellt eine wirtschaftsrevolutionäre Maßnahme dar, die den Zweck hat, die Einfuhr von Waren tunlichst zu beschränken und die Wirtschaft zu einer gesteigerten Ausfuhr zu befähigen. Siet rägt der Tatsache Rechnung, daß für die Danziger Wirtschaft die außenwirtschaftlichen Beziehungen eine entscheidende Rolle spielen und die Förderung der devisenschaffenden Ausfuhr eine vordringliche Aufgabe ist. Insbesondere wird die nationalsozialistische Regierung darauf bedacht sein, daß die Lage der werktätigen Bevölkerung keine fühlbare Verschlechterung erfährt. Wo Eigennutz über den Gemeinnutz triumphieren möchte, werden die Organe des Staates mit härtester Rücksichtslosigkeit durchgreifen. Danzig wird auch in Zukunft seiner großen Mission im Osten treu bleiben, um sich im Kampf mit allen feindlichen Elementen erfolgreich zu behaupten. Wir wissen, daß diese schweren Entschlüsse ein weiterer Schritt sind auf dem Wege zur Gesundung. Wir werden diese Aufgabe lösen, in dem festen Glauben an unsere deutsche Heimat Danzig und an das ewige Deutschland.

Die mit tiefem Ernst und eindrucksvoller Entschlossenheit vorgetragene Erklärung des Senatspräsidenten fand bei der Mehrheit des Volkstages stärksten Beifall.

In der Aussprache versuchten die Vertreter der Oppositionsparteien, denen sich auch der polnische Abgeordnete Budzinski anschloß, kleinliche und völlig negative Kritik an den Entschlüssen der Regierung zu üben, wobei sich insbesondere der kommunistische Sprecher zu unerhörten Herausforderungen hinreißen ließ.

Senatspräsident Greiser ergriff darauf nochmals das Wort, um den Versuch der Opposition, durch demagogische Ausführungen die Bevölkerung zu beunruhigen, entsprechend abzufertigen. Er kennzeichnete besonders den Versuch der Opposition, trotz des erst vor drei Wochen abgelegten Bekenntnisses der Danziger Bevölkerung zur NSDAP. den ausländischen Instanzen erneut vorzutäuschen, daß diese Danziger Bevölkerung nicht hinter der NSDAP. stehe. Unter wiederholtem stürmischem Beifall erklärte Präsident Greiser: „Wir werden heute in großen Versammlungen zum Volke sprechen, das uns besser versteht als die Marxisten, und wir werden als deutsche Männer mutig und entschlossen um die Zukunft Danzigs kämpfen."

Die Verlautbarung über die Unterzeichnung des sowjetrussisch-französischen Vertrags

DNB. **Paris,** 2. Mai. Ueber die Unterzeichnung des französisch-russischen Beistandspaktes ist folgende Verlautbarung ausgegeben worden:

„Außenminister Laval und der sowjetrussische Botschafter Potemkin haben heute um 18,30 Uhr am Quai d'Orsay einen französisch-sowjetrussischen gegenseitigen Beistandspakt unterzeichnet. Dieses Dokument besteht aus fünf Artikeln und

einem Protokoll. Die Pflichten, die aufgezählt werden, beruhen auf Artikel 10, 15 und 16 der Völkerbundssatzungen. Sie bestimmen, daß sich beide Parteien im Falle einer Angriffsgefahr beraten und daß sie sich im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffes unterstützen. Sie bezwecke, die Wirksamkeit der Bestimmungen der Völkerbundssatzung und der Empfehlungen, die der Völkerbundsrat erteilen wird, zu sichern. Diese Verpflichtungen, die dazu bestimmt sind, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten und sich in voller Uebereinstimmung befinden mit den früher von den beiden Regierungen eingegangenen Verbindlichkeiten, schließen für die beiden Regierungen in keiner Weise die Möglichkeit aus, sich im gegenseitigen Einvernehmen an einem regionalen Pakt zu beteiligen, dessen Abschluß wünschenswert bleibt."

*

Eine französische 4 Milliarden Francs-Anleihe an die Sowjetunion?

Paris, 2. Mai. In hiesigen Börsen- und Industriekreisen erhält sich hartnäckig das Gerücht über eine französische Anleihe an Sowjetrußland in Höhe von 4 Milliarden Francs, die zur Finanzierung von sowjetrussischen Bestellungen an Kriegsmaterial in Frankreich Verwendung finden soll. Als Bedingung für die Bewilligung der Anleihe soll von Frankreich angeblich eine allgemeine Regelung der russischen Vorkriegsschulden gefordert worden sein, deren Summe stark herabgesetzt und dann fundiert werden soll.

Litauens Antwort an die Memelunterzeichnermächte überreicht?

DNB. **Kowno**, 2. Mai. Wie verlautet, emfing der litauische Außenminister am Donnerstag gemeinsam die Kownoer Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens. Man nimmt an, daß hierbei die litauische Antwort auf die Note der Unterzeichnermächte des Memelabkommens überreicht wurde.

*

Pilsudskis Adjutant reist nach Litauen

DNB. **Kowno**, 2. Mai. Im Zusammenhang mit den letzten Meldungen über die Anbahnung von polnisch-litauischen Verhandlungen ist ein Bericht bemerkenswert, nach dem Lepecki, dem persönlichen Adjutanten Pilsudskis, ein Einreisevisum nach Litauen erteilt worden ist. Diese Nachricht wird vom litauischen Innenministerium auf Anfrage bestätigt. Es wird angegeben, Lepecki wolle zum Besuch von Verwandten nach Litauen kommen. Man geht aber wohl in der Annahme nicht fehl, daß die Reise einen politischen Charakter trägt.

Baden

Der nationale Feiertag des deutschen Volkes in der Landeshauptstadt...

Karlsruhe, 2. Mai. Der Nationalfeiertag des deutschen Volkes gestaltete sich in der Landeshauptstadt zu einem wahren Volksfest aller Schaffenden. Am Dienstag nachmittag war der 25 Meter hohe, auch dieses Jahr wiederum aus den Staatsforsten im Albtal stammende Maibaum in festlichem Zuge von der Hitlerjugend, dem Jungvolk und dem Bund deutscher Mädel zum Maifeld in der Hochschul-Kampfbahn gebracht worden. In Anwesenheit einer großen Menschenmenge wurde die Tanne von Angehörigen des BdM. geschmückt und sodann von der Zimmermanns-Innung aufgerichtet.

Der Nationalfeiertag selbst wurde eingeleitet durch Böllerschüsse und durch Weckruf. Um 7 Uhr brachten die Gesangvereine auf den verschiedenen Plätzen der Stadt gesangliche Darbietungen zu Gehör und zur gleichen Zeit bereits erfolgte der Aufmarsch der Karlsruher Schuljugend zum Maifeld. Nach der Uebertragung der Jugendkundgebung aus dem Lustgarten in Berlin marschierten die Gausieger des Reichsberufswettkampfes unter Vorantritt der Jungvolk-Kapelle zum Landtag, wo um 10 Uhr ein Empfang beim badischen Ministerpräsidenten Köhler stattfand.

Von 10.30 Uhr an erfolgte in vier Marschsäulen der Aufmarsch der Formationen und Verbände, durch die von Tausenden umlegerten Anmarschstraßen zum Maifeld. Nach einem Fanfarenmarsch begrüßte Kreisleiter Worch die Zehntausende und gab einen kurzen Rückblick auf die während des vergangenen Jahres geleistete Arbeit und die letzten politischen Ereignisse. Gebietsführer Kempel nahm die Ehrung der Gausieger im Reichsberufswettkampf vor. Dann erfolgte die Uebertragung der Feierlichkeiten aus Berlin. Die beiden Nationallieder beschlossen die Kundgebung.

Am Nachmittag veranstaltete „Kraft durch Freude" im Stadtgarten ein großes Volksfest, bei dem die HJ.-Bannkapelle 109 konzertierte, und am Abend beschlossen die Kameradschaftsabende der Betriebe und Behörden den Nationalfeiertag in der Landeshauptstadt.

...in Mannheim

Mannheim, 2. Mai. Zu dem Ehrentag der Arbeit hatte auch die Stadt Mannheim ein festliches Gewand angelegt. Ueberall sah man Häuser, Schaufenster usw. mit Maiengrün liebevoll geschmückt, Girlanden rankten sich von Fenster zu Fenster, mit Fähnchen und Wimpeln besteckt. Mit Böllerschüssen wurde der Tag eingeleitet. In den Kirchen fanden dann Festgottesdienste statt. Die Reihe der größeren Veranstaltungen eröffnete eine große Jugendkundgebung mit Uebertragung aus Berlin, verbunden mit Preisverteilung an die Teilnehmer des Reichsberufswettkampfes. Dann sah man überall Kolonnen, die sich zu den einzelnen Aufmarschplätzen zur großen Kundgebung des Tages begaben. Im Gegensatz zur Regelung in den beiden letzten Jahren, wo sich alle Schaffenden der Stirn und der Faust auf einem gemeinsamen Maifeld versammelten, hatte man in diesem Jahre 14 Festplätze vorgesehen, auf denen die Feiern der 17 Mannheimer Ortsgruppen stattfanden. Der Nachmittag war mit Volksbelustigungen auf den Maifeldern ausgefüllt, wobei insbesondere die Jugend auf ihre Art den Frühling begrüßte.

...in der Universitätsstadt Heidelberg

Heidelberg, 2. Mai. Der nationale Feiertag des deutschen Volkes hatte die ganze Stadt in ein Festgewand von Fahnen und Grünschmuck gehüllt. Die Einholung des Maibaumes in den Nachmittagsstunden des Dienstags ging bei strömendem Regen vor sich. Mit dieser Abendfeier war zugleich die Verkündung der Sieger des Reichsberufswettkampfes verbunden. Um die Mitternachtsstunde wurde auf den Plätzen der Stadt der Frühling durch die Gesangvereine mit fröhlichen Liedern begrüßt. Der 1. Mai selbst brachte zunächst die Jugendkundgebung auf dem Maifeld, der Mittag die große Kundgebung mit Uebertragung der Feierlichkeiten aus Berlin, die vom stellv. Kreisleiter Seiler mit einigen Worten über die Bedeutung des 1. Mai eingeleitet wurde. An dem großen Festzug am Nachmittag nahmen einzelne Betriebsabordnungen teil. 45 Festwagen gliederten sich in vier Gruppen: deutscher Frühling, deutsche Arbeit, deutsche Heimat und deutsche Wehr. Nachdem auf dem Maifeld eine Figur, den Winter darstellend, verbrannt wurde, gab es fröhliches Treiben auf dem Festplatz und zum Abschluß des Tages die traditionelle Schloßbeleuchtung.

...und in Freiburg

Freiburg, 2. Mai. Der Tag der nationalen Arbeit, der Feiertag des schaffenden deutschen Volkes, hat in Freiburg eine würdige Ausgestaltung erfahren. Nicht nur daß die Stadt in ein Flaggenmeer getaucht war, auch fast jedes Haus war geschmückt mit Tannenreis, frischem Grün und jungen Maien, dem Sinnbild des Frühlings. Mit klingendem Spiel war die gesamte Freiburger Jugend, HJ., Jungvolk, BdM. und Jungmädels, am Dienstag nachmittag nach Güntertal marschiert, um den für Freiburg bestimmten Maibaum einzuholen und ihn dann in feierlicher Weise durch die Straßen der Stadt zum Festplatz an der Schwarzwaldstraße zu geleiten. Bannführer Friederich übergab nach einer kurzen Ansprache den Maibaum dem stellv. Obermeister der Zimmermanns-Innung, die vollzählig mit Meistern, Gesellen und Lehrlingen angetreten war. Dann machten sich die Zimmerleute und Waldarbeiter gemeinsam an die Aufrichtung der Schwarzwaldtanne. Die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" veranstaltete abends auf dem Münsterplatz eine „Liederstunde des Volkes". In der Festhalle veranstaltete die Universität in Form eines Festkommerses einen Kameradschaftsabend, der einen sehr starken Besuch aufwies.

Der eigentliche Nationalfeiertag, der mit Böllerschüssen eingeleitet wurde, begann mit dem „Maisingen" auf verschiedenen Plätzen der Stadt. Dann folgte um 8 Uhr eine Kundgebung für die gesamte deutsche Schuljugend. Inzwischen war es in der Stadt außerordentlich lebendig geworden. Die schaffenden Volksgenossen aller Stände und Schichten strömten ihren Sammelplätzen zu, von wo aus sich in drei Säulen der gewaltige Festzug pünktlich um 10 Uhr in Bewegung setzte. Kurz vor 12 Uhr war der Aufmarsch beendet und Zehntausende von Volksgenossen umsäumten das große Maifeld. Nach der Berliner Uebertragung brachte stellv. Kreisleiter Lemke ein dreifaches Sieg-Heil auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler aus, das ein vieltausendfaches Echo fand.

*

Anlage von Rebschulen und Neupflanzung von Reben

Freiburg, 2. Mai. Das Badische Weinbauinstitut Freiburg teilt mit: Die Anlage von Rebschulen und Reben-Neupflanzungen (auch auf Grundstücken, die bereits mit Reben bepflanzt waren) sowie Nachpflanzungen, soweit sie nicht durch Einlegen oder Vergruben an Ort und Stelle erfolgen, ist vor der Ausführung dem Bürgermeisteramt anzuzeigen. Diese Bestimmung, die nicht zu verwechseln ist mit der vom Reichsbeauftragten für die Regelung des Absatzes von Garten- und Weinbauerzeugnissen vom 22. Dezember 1934 erlassenen Anordnung über die Neuanlage von Weinbergen, scheint nach unseren Wahrnehmungen bei der Winzerschaft wenig Beachtung zu finden. Es wird deshalb im Interesse der Winzer darauf hingewiesen, daß die Nichtbeachtung der hier in Betracht kommenden und mühelos zu erfüllenden Anordnungen Strafverfolgung zur Folge haben kann. Es müssen deshalb die erforderlichen Meldungen ungesäumt auf dem Rathaus nachgeholt werden. Diese Mahnung gilt besonders auch für die Besitzer von Rebschulen jeglicher Größe. Bei ihrer Meldung ist anzugeben, in welcher Weise die erzeugten Wurzelreben später Verwendung finden, d. h. ob sie verkauft oder in eigenem Betrieb verwendet werden sollen. Die Erzeuger wie die Abnehmer von Wurzelreben sind in gleicher Weise an der Erfüllung dieser Verpflichtung interessiert; denn einerseits setzt sich der Verkäufer von Wurzelreben aus nichtangemeldeten und deshalb auch nicht der geordneten Untersuchung unterworfenen Rebschule der Gefahr empfindlicher Bestrafung aus, andererseits hat der Käufer solcher Reben zu fürchten, daß die Vernichtung der evtl. bereits schon gepflanzten Würzlinge verlangt werden muß. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, daß die Abgabe von Wurzelreben, die durch Einleger (Hasensprünge) gewonnen wurden, nicht gestattet ist, weil es unmöglich ist, eine Reblausuntersuchung solcher „Hasensprünge" mit Zuverlässigkeit durchzuführen.

*

Einziehung des Vermögens des Friedensbundes deutscher Katholiken

Der Minister des Innern gibt im Staatsanzeiger bekannt: Auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 wird für den Bereich des Landes Baden das Vermögen des Friedensbundes deutscher Katholiken zugunsten des Landes Baden eingezogen, da es nach Feststellung des Reichs- und preußischen Ministers des Innern zu volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen bestimmt gewesen ist. Die badische Verordnung über die Einziehung marxistischen Vermögens vom 28. Juli 1933 findet entsprechend Anwendung.

Karlsruhe, 2. Mai. (Wettbewerb.) Bei dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Umgestaltung des Schloßplatzes und des Friedrichsplatzes in Karlsruhe zu einem Ehrenforum für feierliche Kundgebungen sind 16 bz. 14 Arbeiten eingegangen. Das Preisgericht hat folgende Entscheidung getroffen: Für den Schloßplatz: 1. Preis, 450 RM., Architekt Karl Friedrich Butz, Karlsruhe. Zur Umgestaltung des Friedrichsplatzes den 1. Preis, 450 RM., Architekt Karl Friedrich Butz, Karlsruhe.

Karlsruhe, 2. Mai. (Stiftung.) Der Betriebsführer Fritz Rolf Wolff gab in seiner Ansprache gelegentlich der Ablegung des Gelöbnisses des Vertrauensrates der Firma F. Wolff u. Sohn bekannt, daß die Firma einen Betrag von 50 000 RM. als Urlaubszuschußfonds gestiftet habe mit der Maßgabe, daß 5000 RM. hiervon für den Urlaub im laufenden Jahr bestimmt seien.

Karlsruhe, 2. Mai. (80 Jahre alt.) Am 1. Mai konnte Oberbaurat Kupferschmied in seltener körperlicher und geistiger Frische sein 80. Lebensjahr vollenden und an diesem Tage auf ein an Arbeit und Erfolgen reiches Leben zurückblicken. In Anbetracht der hervorragenden Verdienste um die Ausgestaltung der Wasserstraßen des Rheins und des Neckars, verlieh die Technische Hochschule Karlsruhe anläßlich des Schiffahrts- und Wasserwirtschafts-Kongresses, der am 20. Oktober 1920 in Karlsruhe tagte, Oberbaurat Kupferschmied die Würde des Dr. Ing. ehrenhalber.

Pforzheim, 2. Mai. (Weltsieger) Auf der Welt-Hundeausstellung in Frankfurt am Main wurde eine Rauhhaar-Terrier-Hündin aus dem Irisch-Terrierzwinger des Herrn Martin Sauter in Pforzheim bei schärfstem internationalem Wettbewerb mit dem Weltsiegertitel ausgezeichnet. Alle übrigen an die Rauhhaar-Rassen verliehenen Weltsiegertitel fielen an ausländische Hunde.

Baden-Baden, 2. Mai. (Städteverkehr.) Die beiden Städte Baden-Baden und Gernsbach, welche, nur etwa 11 Kilometer voneinander entfernt, in landschaftlich reizvollen Gegenden liegen und außerdem ähnlichen kurörtlichen Charakter tragen, beschäftigen sich schon seit Jahrzehnten mit der Frage, eine regelmäßige Fahrgelegenheit zwischen diesen Städten herbeizuführen. Nun haben die Verhandlungen zu dem Ergebnis geführt, den Verkehr durch Postautos zu bewerkstelligen, die sechsmal täglich, auch Sonntags, nach einem bestimmten Fahrplan hin- und zurückfahren. Drei Fahrten gehen über Mühlenbild und eine über Staufenberg. Der neue Fahrplan trat am 1. Mai 1935 in Kraft und hat Gültigkeit bis 30. September 1935.

Breisach, 2. Mai. (Festspiele.) Breisach, die alte Grenzstadt am Rhein, veranstaltet auch diesen Sommer, am 7. Juli beginnend, Festspiele auf dem hochgelegenen Münsterplatz. Spielleiter ist auch dieses Jahr Oberregisseur Harry Schaefer.

Titisee, 2. Mai. (Neue Kirchengemeinde) Die Gemeinde Titisee hatte bisher keine eigene Kirche. Der Erzbischof von Freiburg hat jetzt eine selbstständige, rechtspersönliche, katholische Filialkirchengemeinde Titisee gebildet, die aus Teilen der Kirchengemeinde Neustadt, Hinterzarten und Saig sich zusammensetzt. Durch Entschließung vom 28. März hatte das Staatsministerium die staatliche Genehmigung erteilt.

Schutterwald, 2. Mai. (Abgestürzt.) Der ledige Zimmermann Andreas Schnebelt fiel in Dundenheim beim Aufschlagen eines Dachgerüstes vom Dachstuhl herunter, brach den einen Arm und zerquetschte den anderen.

Binzen, 2. Mai. (Petri Heil!) Einem Fischer glückte in der Kander nach dem Hochwasser ein schöner Fang: Er konnte einen Karpfen mit dem ansehnlichen Gewicht von annähernd acht Pfund fangen.

Lörrach, 2. Mai. (Opfer des Verkehrs.) Der vor acht Tagen in der Wallbrunnstraße in Lörrach auf seinem Motorrad schwer verunglückte jungverheiratete Feldmann aus Lörrach-Stetten ist jetzt im Krankenhaus gestorben.

*

Friedrichshafen, 2. Mai. (Wieder zurück.) „Graf Zeppelin" ist von seiner zweiten diesjährigen Südamerikafahrt am Mittwoch um 4.50 Uhr früh glatt gelandet.

*

Frost und Schneefall bis auf 800 Meter — Allgemeine Nachtfrostgefahr.

hld. Arktische Kaltluftmassen sind in der Nacht der Monatswende vom Osten quer über Deutschland bis nach dem Rheintal und Schwarzwald vorgedrungen. Sie haben am Festtag der Arbeit zu einem überraschend empfindlichen Winterrückfall geführt und in den Nacht- und Frühstunden den oberen Gebirgslagen neuen Schneefall gebracht. Bis in die mittlere Bergzone von 700—800 Meter wirbelten Schneeflocken nieder und auch in den Hochtälern gab es eine eiskalte Wonnemonat-Ouvertüre mit Nachtfrost und Schneeschauern. Die Temperaturen sind im Rheintal auf 5 Grad gesunken, streifen in mittleren Berglagen den Gefrierpunkt und erreichen auf dem Gebirgskamm minus vier bis minus fünf Grad Kälte. Die anormale Festigung des Winters oberhalb 1200 Meter führte zu einer neuerlichen Stärkung der Schneedecke.

In den Blütentälern des unteren Schwarzwaldes besteht zurzeit Nachtfrostgefahr bei sternhellem Himmel. Das Hochwasser im Rheinvorland ist beträchtlich zurückgegangen, im Einklang eines Absinkens aller Wasserstände aufgrund der eingetretenen trockenen, rauhen Witterung.

Aus dem Gerichtssaal

Eine verprügelte Frau zeigt ihren Mann an

Mannheim, 2. Mai. Dem badischen Sondergericht lag eine Anzeige gegen den 24jährigen Gottlieb Schmitt von Heidelberg wegen abfälliger Aeußerungen über den Staat und die NS.-Bewegung vor. Die Anzeige war von der Frau des Schmitt gemacht worden, weil er sie am Tage zuvor verprügelt hatte. In der Gerichtsverhandlung behauptete die Frau, sie habe die Anzeige nur aus Eifersucht erstattet. Das Gericht sprach gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten aus.

Wieder ein Schnipfler-Prozeß

Pforzheim, 2. Mai. Vor der Großen Strafkammer hat am Dienstag ein großer Schnipfler-Prozeß begonnen, der in drei Verfahren eingeteilt ist. Zwei Verfahren richten sich gegen die Diebe, das dritte Verfahren richtet sich gegen den Hehler. In der Goldschnipfler-Affäre wurden Ende Januar und Anfang Februar zahlreiche Personen, Angestellte und Geschäftsleute, in Pforzheim verhaftet. Zunächst stehen ein Ehepaar und zwei weitere Personen als Angeklagte vor Gericht. Die Anklage beschuldigt sie, Gold im Werte von über 20 000 RM. im Laufe der letzten Jahre unterschlagen zu haben.

Rückfälliger Betrüger

Mosbach, 2. Mai. Eine Reihe von Betrügereien hat ein aus einem Mannheimer Vorort stammender früherer Beamter, der nach seiner Entlassung aus seiner Beamtenstellung sich mit Versicherungen und Reisevertretungen beschäftigte, auf dem Gewissen. Immer wieder wurde er rückfällig. Kaum war er zu Beginn des Jahres 1934 wieder einmal auf freiem Fuß, beschritt er die alte betrügerische Laufbahn und im Mai 1934 unternahm er den ersten von den 21 Betrugsfällen, die ihn jetzt vor die Große Strafkammer geführt haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zu zwei Jahren Zuchthaus und außerdem wurde Sicherungsverwahrung angeordnet.

Buntes Allerlei

Das Lynchgericht der Frauen

Recht schlecht erging es kürzlich einem Heiratsschwindler in Neapel. Der hatte nicht weniger als 25 Frauen die Ehe versprochen und ihnen ihre Ersparnisse abgeschwindelt. Er nannte sich Dr. Arri, war aber in Wirklichkeit ein Schlosser. Durch einen Zufall erfuhr eine der Frauen, daß sie betrogen war. Sie ließ durch einen Detektiv ihre Leidensgenossinnen ermitteln. Dann drangen alle 25 gemeinsam in das Hotelzimmer ein, in dem der Spitzbube wohnte, und prügelten ihn zu Tode. Sie alle haben sich der Polizei gestellt, aber es steht schon jetzt fest, daß ihnen nicht viel geschehen wird.

Eine moderne Carmen

In Malaga kam es unlängst bei einem Stiergefecht zu einer Sensation. Der berühmte Torero Vittorio Gonzalez, auf den das Publikum große Hoffnungen setzte, erwies sich beim Stierkampf als vollkommen unfähig. Er war so matt und ungeschickt in seinen Bewegungen, daß er fast im Handumdrehen von dem Stier überrannt und getötet wurde. Da Gonzalez als besonders geschickter Torero bekannt war, mußte sein sonderbares Verhalten, das mit seinem Tode endete, Verdacht erregen. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, bei der sich ergab, daß der Torero kurz vor dem Stierkampf zu seiner Geliebten gegangen war. Wie sich später herausstellte, hatte ihn diese unter einem nichtigen Vorwand in ihr Haus gelockt, angeblich um eine letzte Aussprache herbeizuführen. Da sie glaubte, Grund zur Eifersucht zu haben, schüttete sie dem Geliebten ein starkes Rauschgift in den Tee, den sie ihm reichte. Auf diese Weise beraubte sie den Torero seiner Kampffähigkeit und trieb ihn dadurch indirekt in den Tod.

Das Wetter

für Samstag

Hochdruck über Mitteldeutschland beherrscht die Wetterlage. Für Samstag ist vielfach heiteres, allmählich auch wieder wärmeres Wetter zu erwarten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Rundfunk

Programm des Reichssenders Stuttgart

Sonntag, 5. Mai:

6.00 Aus Hamburg: Hafenkonzert
8.00 Zeitangabe, Wetterbericht
8.05 Gymnastik (Glucker)
8.25 Bauer, hör zu!
8.45 Evangelische Morgenfeier
9.30 Klaviermusik
10.00 Um Deutschland
10.15 Heitere Löwe-Balladen
10.45 Deutsches Volk — deutsches Erbe
11.30 Aus Karlsruhe: Scheffelfeier
12.00 Aus Berlin: Mittagskonzert
13.00 Kleines Kapitel der Zeit
13.15 Aus Berlin: Fortsetzung des Mittagskonzerts
13.50 „10 Minuten Erzeugungsschlacht"
14.00 Nach Frankfurt: Kinderstunde: „Der Teufel mit den drei goldenen Haaren"
14.45 Ballontaufe und Ballonstart auf dem Cannstatter Wasen
15.15 Xylophonie
15.45 Die Viertelstunde für Handel und Handwerk
16.00 Aus München: Vesperkonzert
18.00 „Albdorf im Frühling"
18.30 Kleine virtuose Stücke
19.00 Liebe in Schwaben
19.45 Sportbericht
20.00 Aus Mannheim: „Im bunten Reigen"
22.00 Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Sportbericht
22.30 Wir bitten zum Tanz
24.00 Nach Frankfurt: Nachtkonzert.

Wochentags regelmäßig wiederkehrendes Programm:

6.00 Bauernfunk und Wetterbericht
6.10 Choral — Morgenspruch
6.15 Nach Frankfurt: Gymnastik I (Glucker)
6.30 Zeitangabe, Wetterbericht
6.35 Gymnastik II (Glucker)
7.00 Frühkonzert
8.15 Nach Frankfurt: Gymnastik (Glucker)
8.35 Frauenfunk
8.50 Wetterbericht, Wasserstandsmeldungen
9.00 Sendepause
10.00 Nachrichten
11.15 Funkwerbungskonzert der Reichspostreklame
11.45 Wetterbericht und Bauernfunk
13.00 Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht
14.15 Sendepause
20.00 Nachrichtendienst
22.00 Zeitangabe, Nachrichten, Wetter- und Sportbericht

Montag, 6. Mai:

10.15 Aus Berlin: Berlin als Reichshauptstadt
12.00 Aus Hamburg: Mittagskonzert
13.00 Aus London: 25jähriges Königsjubiläum des englischen Königs
13.30 Aus Hamburg: Mittagskonzert
14.00 Bekanntgabe der Termine „Wiedersehensfeiern alter Frontsoldaten"
16.30 „Vom Forstmeister zum Erfinder"
17.00 Nachmittagskonzert
18.30 Hitlerjugendfunk: Unsere Heimbücherei wird eingerichtet
19.00 Aus Ulm: Unterhaltungskonzert
20.15 Nach München: „Alles neu macht der Mai!"
22.30 Aus Breslau: Unterhaltungskonzert
24.00 Aus Frankfurt: Nachtmusik.

Dienstag, 7. Mai:

10.15 Fremdsprachen: Französisch
12.00 Aus Leipzig: Mittagskonzert
13.15 Aus Leipzig: Mittagskonzert
16.15 Blumenstunde
16.45 Tierstunde
17.00 Aus Königsberg: Nachmittagskonzert
18.00 Bunte Liedfolge
18.30 Französischer Sprachunterricht
18.45 Kurzgespräch
19.00 Aus Mannheim: Tanzweisen für Violoncello und Klavier
19.30 Sozialist — Soldat — Kamerad
20.15 Aus Frankfurt: Stunde der Nation
21.00 „Achtung, Kurve!"
22.30 Aus München: Musik vor Mitternacht
24.00 Nach Frankfurt: Menuette von J. S. Bach und L. van Beethoven
0.15 Nach Frankfurt: Nachtkonzert.

Mittwoch, 8. Mai:

10.15 Aus Leipzig: Chormusik von Heinrich Schütz
12.00 Aus Breslau: Mittagskonzert
13.15 Aus Breslau: Mittagskonzert
16.30 Kinderstunde: Pimpfe lüften ein Geheimnis
17.00 Aus Frankfurt: Nachmittagskonzert
18.30 Lernt morsen!
18.50 Aus Dortmund: Fußball-Länderkampf Deutschland — Irland
19.45 Deutschland und Frankreich im Lichte ihrer kulturellen Wechselbeziehungen
20.15 Aus Hamburg: Stunde der jungen Nation
20.45 9. Symphonie von C. van Beethoven
22.30 Aus Köln: Unterhaltungs- und Tanzmusik
24.00 Aus Frankfurt: Nachtmusik.

Aus Stadt und Land

Durlach, 3. Mai. Zum gestrigen Bericht über den nationalen Feiertag des deutschen Volkes in Durlach ist noch nachzutragen, daß folgenden Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Durlach-Aue für 15-jährige Mitgliedschaft das Ehrenzeichen überreicht wurde:

Klenert Heinrich,
Walschburger August, Straßenwart,
Kaiser Adam,
Walter August.

*

Frühjahrs-Hauptübung der Freiwilligen Feuerwehr Durlach.

Am Montag, den 29. April, abends 6 Uhr, fand an den Gebäuden des hiesigen „Postamtes" in der Gritznerstraße die Frühjahrs-Hauptübung der freiwilligen Feuerwehr Durlach unter Mitwirkung der freiwilligen Sanitätskolonne Durlach statt. Mit Interesse verfolgte das zahlreich erschienene Publikum die Uebung unserer wohl erprobten Wehr. Die Polizei hatte die in solchen Fällen entsprechend notwendigen Absperrungsmaßnahmen vorgenommen. Als Gäste wohnten der Uebung bei: Bürgermeister Dr. Lingens, Stadtbaurat Schumacher, Direktor Schaber, Postamtmann Carqué, Adjutant Herrmann vom RLB., Vertreter der Oberpostdirektion Karlsruhe, der Industrie, der staatlichen und städtischen Behörden, der Polizei, der Schulen, ferner Vertreter der Fabrikfeuerwehr der Firma Gritzner-Kayser AG., der Feuerwehr des Reichsbahnausbesserungswerkes Durlach, der Feuerwehr von Durlach-Aue und nicht zuletzt Ehrenmitglieder der Durlacher Wehr.

Die Uebung, deren Idee vorher erläutert wurde, stand unter dem Kommando von Branddirektor Bull, die Leitung der Sanitätskolonne lag in den Händen von Dr. Ribstein.

Nachdem nach der Annahme von der Hausfeuerwehr und den Bewohnern des Gebäudes der verursachte Dachstuhlbrand nicht allein bewältigt werden konnte, traf auf das Signal „Feuer" der für diesen Stadtteil bereitgestellte Löschzug 2 in kürzester Zeit am Brandort ein. Die Mannschaft ging von der Wilhelmstraße aus sofort zum trockenen Innenangriff über, der jedoch den gewünschten Erfolg nicht zeitigte, weil das Feuer sich über den Dachstuhl immer weiter ausbreitete. Man schritt deshalb auch zum Außenangriff. Der 2. Löschzug war alleine nicht in der Lage, den Brand erfolgreich zu bekämpfen, weshalb alle übrigen Löschzüge und Reserve-Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr alarmiert wurden und sogleich am Brandplatz eintrafen. Sofort wurde von allen Seiten zum Frontalangriff geschritten, Schlauchleitungen wurden gelegt, an die Hydranten angeschlossen, alle verfügbaren Leitern an geeigneten Orten aufgestellt, die Motorspritze in Tätigkeit gesetzt und aus elf Strahlrohren wurde das Brandobjekt mit Wasser bekämpft. Die im Hofe befindlichen Garagen und sonstigen Räume wurden von einer Abteilung der Feuerwehr ständig unter Wasser gehalten, um sie vor dem Feuer zu schützen. Die in den Garagen befindlichen Autos konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Neben dem Frontalangriff ging man auch zum verstärkten Innenangriff über, um dem Feuer möglichst direkt an seinem Herde zu Leibe zu gehen. Diese Art von Feuerbekämpfung erfordert nicht nur eine ausgezeichnete Schulung der Mannschaften, sondern sie ist auch weit gefährlicher als die Wasserlöschung von außen her. Die in den bedrohten Räumen des Obergeschosses befindlichen Akten und wertvollen Apparate wurden durch den Rettungsschlauch gerettet. Um die stark verqualmten Räume betreten zu können, war es notwendig, die Mannschaften mit Rauchschutzmasken auszurüsten.

In der Annahme, daß durch den Brand und bei der Bekämpfung desselben, Bewohner und Feuerwehrleute mehr oder weniger schwer verletzt worden sind, trat auch eine Abteilung der freiwilligen Sanitätskolonne in Tätigkeit. Die Sanitäter drangen in das Gebäude ein, leisteten die erste Hilfe und brachten die Verletzten auf Tragbahren in den benachbarten Hof des Mechanikermeisters Falkner, wo ein provisorischer Verbandsplatz eingerichtet worden war und die Verwundeten Notverbände angelegt erhielten.

Nach Beendigung der in allen Teilen tadellos verlaufenen Uebung erfolgte unter Führung von Branddirektor Bull und Dr. Ribstein ein Rundgang und eine Besichtigung der Brandstelle und des Verbandsplatzes, wobei die beiden Herren den Gästen die nötigen Erläuterungen gaben.

Im Anschluß hieran erfolgte beim „Hotel Post" vor den geladenen Gästen unter den Klängen der Feuerwehrkapelle der Vorbeimarsch der freiwilligen Feuerwehr und der freiwilligen Sanitätskolonne, der bei den Anwesenden wiederum einen sehr guten Eindruck hinterließ.

Mit Recht darf wohl behauptet werden, daß Feuerwehr und Sanitätskolonne die ihnen gestellten Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit gelöst haben und auch im Ernstfall jederzeit bereit, gewillt und in der Lage sind, Gut und Leben der Durlacher Einwohner mit Erfolg zu schützen.

*

Was es morgen gibt!

Das große Militärkonzert der Gaukapelle XXVII des NS.-Arbeitsdienstes Gau Baden unter persönlicher Leitung von Gaumusikzugführer Konrad Vogel findet morgen statt. Wie wir erfahren, wird dieser Veranstalung seitens der ganzen Bevölkerung großes Interesse entgegengebracht, zumal das Programm ganz Besonderes bieten soll.

*

Germania Durlach I. — VfB. Mühlburg I.

Ein weiteres fußballerisches Ereignis steht dem Durlacher Sportpublikum am kommenden Samstag auf dem Germania-Sportplatz bevor. Kein Geringerer als der bestbekannte Gauligist VfB. Mühlburg konnte zu einem Freundschaftsspiel verpflichtet werden. Die Gäste aus der Residenz dürfen für sich in Anspruch nehmen, als eine der beständigsten und überraschungsfähigsten Mannschaften der Badischen Gauliga angesprochen zu werden. Ueber das Können der Mühlburger dürften sich wohl weitere Worte erübrigen, da sie ja in Durlach keine Unbekannten sind. Die Einheimischen werden zu diesem Treffen erstmals wieder in kompletter Aufstellung erscheinen und sollten in der Lage sein, ihrem großen Gegner ernstlichen Widerpart zu leisten. Ein interessanter Kampf steht somit in Aussicht und würde es vor allen Dingen verdienen, daß ihm auch eine zahlreiche Zuschauerzahl beschert würde. Infolge Spielverbots im Kreise Karlsruhe für den kommenden Sonntag muß das Spiel schon am **Samstag** stattfinden. dt.

*

Handel und Verkehr

Amtliche Berliner Devisenkurse vom 2. Mai

Argentinien (1 Pap.-Peso)	0,658	0,662
Belgien (100 Belga)	41,98	42,06
England (1 Pfund)	11,985	12,015
Frankreich (100 Frc.)	16,38	16,42
Holland (100 Gulden)	167 63	167,97
Italien (100 Lire)	20,68	20,72
Norwegen (100 Kr.)	60,24	60,36
Oesterreich (100 Schilling)	48,95	49,05
Schweden (100 Kr.)	61,80	61,92
Schweiz (100 Frc.)	80,72	80,88
Tschechoslowakei (100 Kr.)	10,35	10,37
V. St. von Amerika (1 Dollar)	2,480	2,484

Wirtschaftliche Wochenschau

Börse. Die Börse bekundete in dieser Woche wieder ein sehr ruhiges Aussehen. Der Grundton kann, zusammengenommen, als behauptet bezeichnet werden. Erhebliche Veränderungen in den Kursen können, namentlich in den führenden Werten, nicht verzeichnet werden. Die Unternehmungslust ist dauernd äußerst bescheiden, so daß sich kein richtiges Geschäft entwickeln kann. Nach Ueberwindung des Ultimos wurde die Marktverfassung etwas leichter, aber die Ordres von Kundschaftseite blieben nach wie vor recht klein. Die Kursgestaltung am Aktienmarkt war so von kleinsten Aufträgen abhängig. Ueberwiegend waren die Kurse erholt. Am Rentenmarkt war das Geschäft ebenfalls still. Zum Teil konnten kleine Kursbesserungen erzielt werden.

Geldmarkt. Vor dem Ultimo-Termin herrschte starke Nachfrage nach Privatdiskonten und Schatzwechseln. Die Banken zeigen große Flüssigkeit, da sie in der letzten Zeit erhebliche Eingänge zu verzeichnen hatten. Die Mittel für die große Arbeitsbeschaffungspolitik des Reiches wurden, wie Reichsbankvizepräsident Dr. Drense kürzlich mitteilte, auf dem Weg kurzfristiger Kredite beschafft. Gefahren, die darin lagen, hat die Reichsbank auf sich genommen, weil sie die Gewißheit haben konnte daß sie nicht genötigt sein würde, die Grenzen des tatsächlich Möglichen zu überschreiten. Inzwischen ist als Folge des mit Hilfe der Arbeitsbeschaffung erkämpften Wirtschaftsaufschwunges die Konsolidierung der Reichsfinanzen soweit fortgeschritten, daß überhaupt keine Bedenken mehr bestehen können. Die Begebung kurzfristiger Schatzwechsel konnte z. B. eingeschränkt werden, dafür wurden verzinsliche Schatzanweisungen ausgegeben, deren Laufzeit auf 3½ Jahre erhöht werden konnte. Auch der langfristige Kapitalmarkt entwickelt sich günstig. Ganze Serien von Pfandbriefen sind ausverkauft. Schließlich hat sich die Liquidität der Banken wesentlich verbessert.

Produktenmarkt. Das Geschäft an den Getreidemärkten hält sich nach wie vor in ruhigen Bahnen. Die Mühlen sind durchweg gut eingedeckt. Ueber den Beginn des Verkaufs der neuen Mehlsorten ist noch nichts bekannt. Am Futtergetreidemarkt ist die Nachfrage dauernd gut, das Angebot indessen nirgends erheblich. Die drängende Nachfrage hat aber doch merklich nachgelassen.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer ist mit 100,8 unverändert geblieben. Einer kleinen Erhöhung der Kennzahl für Agrarstoffe stand ein leichter Rückgang der Kennzahl für industrielle Rohstoffe und Halbwaren gegenüber. Soweit Preisveränderungen eingetreten sind, hielten sie sich in engen Grenzen. Die Preise der industriellen Fertigwaren waren im Durchschnitt unverändert. Große Aufgaben stehen unserer Wirtschaftspolitik auf dem Gebiete der Ausfuhr bevor. Wir brauchen eine Steigerung der Ausfuhr, um unentbehrliche Auslandsrohstoffe zu bezahlen. Jede Industrie und jedes Unternehmen muß, wie Reichsbankdirektor Blessing, der persönliche Referent Dr. Schachts ausführte, das Menschenmögliche tun, um den bisherigen Anteil an der Ausfuhr nicht nur zu halten, sondern zu steigern — selbst auf Kosten der Gewinne und der Abschreibungen.

Viehmarkt. Die Schlachtviehmärkte hatten im großen und ganzen ein zufriedenstellendes Geschäft. Großvieh und Kälber waren im Preisstand etwas erhöht, Schweine waren zum Teil billiger zu haben.

Holzmarkt. Das Holzgeschäft ist andauernd gut, die Preise sind behauptet. Lebhafte Nachfrage besteht vor allem am Papierholzmarkt. Auch Brettermärkte haben verstärkte Nachfrage. Das Bauholzgeschäft ist im Zunehmen begriffen.

Wirtschaft

Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart AG., Heidelberg. Die GV. genehmigte die Regularien, nach denen aus einem Reingewinn von 2 256 637 RM. eine Dividende von 7 Prozent verteilt wird. Der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. F. Kirchhoff führte u. a. aus, daß infolge der Arbeitsbeschaffung der Reichsregierung eine Steigerung des Absatzes um rund 60 Prozent erzielt wurde.

Börsen

Berliner Börse vom 2. Mai. Die Börse eröffnete nach dem Feiertag in ruhiger und anfänglich unsicherer Haltung. Hierzu trug besonders die Abwertung des Danziger Gulden bei, deren Auswirkungen abzuwarten bleiben. In diesem Zusammenhang verwies man auch auf neuerliche Abwertungsgerüchte in Frankreich. Sehr bald setzte aber eine freundlichere Stimmung ein, ausgehend besonders vom Montanmarkt, wo man in den nächsten Tagen günstige Mitteilungen erwartet, zum Beispiel bei Mannesmann. Verschiedene Kursveränderungen waren heute mehr zufällig, da die Ultimo-Limite noch nicht erneuert ist.

Stuttgarter Börse vom 2. Mai. Auch heute herrschte wieder starke Zurückhaltung. Bei der geringen Zahl der eingegangenen Aufträge konnte sich eine bestimmte Tendenz kaum herausbilden. Im großen und ganzen waren die Kurse, von einigen niedrigeren nominellen Geldnotierungen abgesehen, gut behauptet. Im Verlaufe war die Stimmung teilweise etwas freundlicher. Am Rentenmarkt waren Stadtanleihen geschäftslos. Das in Goldpfandbriefen herauskommende Material wurde zu den letzten Notierungen aufgenommen. Industrieobligationen bei fast unveränderten Kursen ruhig.

Bauernregeln im Mai

Der Wonnemonat Mai beschert uns in seinem Gefolge die Eismänner, die nach alten Bauernregeln für das Wetter eine große Rolle spielen. So heißt es: Pankraz, Servaz, Bonifaz (12., 13., 14. Mai) schaffen Frost und Eis gern Platz. Pankratius und Servatius bringen Kälte und Verdruß. — Kein Reif nach Servaz, kein Schnee nach Bonifaz. — Vor Servaz kein Sommer, nach Servaz kein Frost. — Servaz muß vorüber sein, willst vor Nachtfrost du sicher sein. — Maienfröste sind unnütze Gäste. — Maientau macht grüne Au. — Grün schmückt sich so Flur und Au, fällt vom Himmel Maientau. — Viel Gewitter im Mai, sagt der Bauer Juchhei. — Kühler Mai bringt fruchtbar Jahr, trockener macht es dürr fürwahr. — Auf ein gutes Weinjahr deuten auch folgende Sprüchlein: Mai kühl und naß, füllt dem Bauer Scheune und Faß. — Abends kühl mit Tau im Mai, bringet Wein und vieles Heu. — Ist es an Pankraz schön, wird man guten Wein wohl sehn. — Strahlt Sankt Urban (25. Mai) im Sonnenschein, gibt es vielen guten Wein. — Im Mai warmer Regen, bedeutet Früchtesegen. — Trockener Mai ist gefährlich, kalter Mai sagt nichts, doch kalter und trockener Mai treibt dem Bauersmann den Angstschweiß aus.

Wissenswertes Allerlei

Die Junggesellen in Aethiopien umgeben ihre Hütten mit Zäunen aus zugespitzten Pfeilern, um sich vor den unverheirateten jungen Mädchen zu schützen. Wenn es einem jungen Mädchen gelingt, über den Zaun zu klettern und sich bis Sonnenaufgang in der Hütte des Junggesellen zu verstecken, so ist es seine Pflicht, sie zu heiraten. Es soll gar nichts Ungewöhnliches sein, daß Ehen auf diese Weise zustande kommen. Die jungen Aethiopierinnen sind ungewöhnlich geschickt im Klettern, eine Fähigkeit, die ihnen hier gut zustatten kommt.

*

Auf den längeren Eisenbahnstrecken der Vereinigten Staaten kann man jetzt während der Fahrt von einem Zahnarzt behandelt werden. Er hat in einem der Wagen ein vollständig eingerichtetes Konsultationszimmer, in dem er die Patienten empfängt.

*

Taubstumme können taktmäßig nach Musik tanzen, wenn sie die Schritte der andern Paare beobachten, die ein normales Gehör haben.

*

Menschen, die infolge übermäßiger Anstrengung oder Arbeit einen Nervenzusammenbruch erleiden, werden neuerdings vielfach dadurch geheilt, daß man ihnen irgend eine körperliche Beschäftigung gibt, bei der ihre Nerven sich oft erstaunlich schnell und gut erholen. Malen, Zeichnen, Sticken, Tischlern sind Beschäftigungen, die für das Nervensystem außerordentlich günstig erscheinen. Auch bei neurotischen Kindern hat man Versuche mit dieser Behandlungsmethode gemacht. Ein siebenjähriges Mädchen, das so schüchtern war, daß es in Gegenwart Fremder überhaupt nicht sprach, wurde mit Zeichnen beschäftigt, und während es bei dieser Arbeit war, begann es ganz von selber allmählich mit den Leuten zu sprechen. Mit der Zeit wurde die ganze krankhafte Scheu überwunden.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 3. Mai 1935.

Bad. Staatstheater: „Hier sind Gemsen zu sehen", 20—22½ Uhr.
Skala-Theater:: „Zwischen heut und morgen", 7 und 8¾ Uhr.
Markgrafen-Theater: Festvorstellung: „Triumph des Willens", 5 Uhr, weitere Vorstellungen 7 und 9 Uhr.
Kammer-Lichtspiele: Festvorstellung: „Triumph des Willens", 8½ Uhr.

Abschluß-Bericht des Winterhilfswerks des Deutschen Volkes 34/35 in der Stadt Durlach

Bedeutsamer Erfolg. — Beachtliche Hilfeleistung. — Das Ergebnis ein Beweis für Treue und Gefolgschaft zum Führer.

Das Winterhilfswerk 34/35 hat mit Ablauf des Monats März sein Ende gefunden. Die Arbeitsgemeinschaft Durlach des WHW. versammelte sich am Montag abend im Stadtratssitzungssaal zur Entgegennahme des Abschlußberichtes. Nach Begrüßung der zahlreichen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft durch den Vorsitzenden, Pg. Bürgermeister Dr. Lingens, erstattete der Ortsführer des WHW., Pg. Balschbach, etwa folgenden Bericht:

Das größte soziale Hilfswerk aller Zeiten, das vom Führer und Volkskanzler Adolf Hitler geschaffene Winterhilfswerk des Deutschen Volkes gelangte zum zweiten Mal zur Durchführung, in der Stadt Durlach mit einem noch größeren Erfolg als das erste Mal. Das örtliche Spendenaufkommen ist um 12 % höher als im Vorwinter. Den bedürftigen Volksgenossen unserer Stadt konnte die erforderliche Hilfe geleistet werden, kein Volksgenosse brauchte hungern, keiner mußte frieren. Mit der nun folgenden Darstellung soll Rechenschaft abgelegt werden über die eingegangenen Bar- und Sachspenden und es soll nachgewiesen werden, wie solche Verwendung gefunden haben. Der Oeffentlichkeit soll ein klares Bild über Spendenaufkommen und Hilfeleistung vor Augen geführt werden.

Betreut wurden im Winter 34/35 2089 Familien einschließlich der Familienangehörigen 5357 Volksgenossen, darunter 1921 Kinder unter 16 Jahren. Ihre Zahl setzt sich, auf die einzelnen Unterstützungen verteilt, wie folgt zusammen:

a) Empfänger von Arbeitslosenunterstützung	365	Familien
b) Empfänger von Krisenunterstützung	643	„
c) Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung	265	„
d) Kurzarbeiter	43	„
e) Sozial- und Kleinrentner, Kriegsopfer und verschämte Arme	773	„
Sa.	2089	Familien

Es entfielen auf:

Gruppe A	(Fam. m. 8 u. mehr Pers.)	28	Fälle m.	259	Angehörigen
„ B	„ „ 6 „ 7 „	70	„ „	461	„
„ C	„ „ 4 „ 5 „	397	„ „	1435	„
„ D	„ „ 3 „	613	„ „	1719	„
„ E	„ „ 2 „	668	„ „	1170	„
„ F	„ „ 1 „	313	„ „	313	„
	Sa.	2089	„ „	5357	

An **Bar- und Sachspenden** wurden örtlich aufgebracht:

a) Barspenden	54 776.80 RM.	(43 265.13 RM.)
b) Sachspenden	3 722.30 RM.	(9 018.43 RM.)
	58 499.10 RM.	(52 283.56 RM.)

(Die in Klammer beigesetzten Zahlen sind die Ziffern des Vorjahres.) Bei 19 200 Einwohnern entfällt hiernach auf den Kopf der Bevölkerung eine aufgebrachte Spende von 3.— RM., gegenüber 2.80 RM. im Vorwinter.

Die Barspenden setzen sich zusammen:

a) Spenden der Industrie, der Bezirkssparkasse und Volksbank, Handel und Gewerbe, freie Berufe etc.	16 271.91 RM.
b) Spenden durch Lohn- und Gehaltsabzüge	15 399.36 RM.
c) Ergebnis aus 6 Eintopfgerichtssammlungen	10 502.29 RM.
d) Ergebnis aus 13 Sammlungen bezw. Verkauf von Abzeichen	5 747.94 RM.
e) Ergebnis aus 2 WHW.-Veranstaltungen	2 380.17 RM.
f) Eingang aus Anerkennungsgebühren, interne Sammlungen etc.	1 309.13 RM.
g) Sonderspende	3 166.— RM.
Sa.	54 776.80 RM.

Der Wert von 10 **Spenden-Ausgaben** beziffert sich auf 80 461.84 RM., während ihr Wert im Vorjahr 105 522.76 RM. betragen hat. Im Vorjahr waren jedoch 6719 Personen, im letzten Winter hingegen nur 5357 zu betreuen. Das Maß der Hilfeleistung ist hiernach gegenüber dem Vorwinter genau das gleiche geblieben. Die Differenz, welche sich zwischen dem örtlich aufgebrachten Spendenbetrag und dem Wert der verausgabten Spende ergibt, ist als Zuschuß von der Kreis-, Gau- und Reichsführung des WHW. aufgebracht worden.

Auf die einzelnen Gruppen entfiel folgende Spende:

Gr. A	3 613.72 RM. im Durchschn. pro Fall in 5 Mon.	129.05 RM.
Gr. B	6 361.81 RM. im Durchschn. pro Fall in 5 Mon.	90.88 RM.
Gr. C	23 687.25 RM. im Durchschn. pro Fall in 5 Mon.	59.67 RM.
Gr. D	22 855.85 RM. im Durchschn. pro Fall in 5 Mon.	37.28 RM.
Gr. E	18 327.71 RM. im Durchschn. pro Fall in 5 Mon.	27.44 RM.
Gr. F	5 615.50 RM. im Durchschn. pro Fall in 5 Mon.	17.94 RM.
Sa.	80 461.84 RM.	

Es wurden ausgegeben:

1)	Lebensmittelgutscheine, 33 425 a 50 Pfg.	16 712.50 RM.
2)	Lebensmittelgutscheine, 5 369 a 1.— RM.	5 369.— „
3)	Briketts, 9 635 Zentner	10 405.80 „
	Kohlen, 4 572 Zentner	6 492.24 „
	Perlkoks, 80 Zentner	56.— „
4)	Kartoffeln, 3 831 Zentner	12 450.75 „
5)	Mehl, 31 243 Pfund	6 248.60 „
6)	Brot, 373 große und 344 kleine Laib	256.39 „
7)	Reis, 6 374 Pfund	1 274.80 „
8)	Apfelmus, 3 200 Dosen	2 560.— „
9)	Büchsenfleisch, 492 Dosen	590.40 „
10)	Fett, 2 810 Pfund	1 826.50 „
11)	Butter, 83 Pfund	124.50 „
12)	Käse, 421 Stangen	189.45 „
13)	Fleisch, 213 Pfund	170.40 „
14)	Wurstwaren, 233 Stück	81.55 „
15)	Wild, 29 Portionen Has bezw. Reh	72.50 „
16)	Gries, 965 Pfund	193.— „
17)	Haferflocken, 440 Pfund	110.20 „
18)	Grünkern, 638 Pfund	191.40 „
19)	Teigwaren, 667 Pfund	233.45 „
20)	Hülsenfrüchte, 775 Pfund	193.75 „
21)	Malzkaffee, 1 362 Pfund	476.70 „
22)	Zichorie, 253 Pakete	37.95 „
23)	Kakao, 47/4	18.80 „
24)	Zucker, 343 Pfund	137.20 „
25)	Honig, 3 Pfund	4.50 „
26)	Milch, 9 539 Liter	2 193.97 „
27)	Wein, 130 Liter	130.— „
28)	Dürrobst, 73 Pfund	36.50 „
29)	Obst und Gemüse, 1 072 Pfund	75.04 „
30)	Kindermittagsessen, 728	182.— „
	Erwerbslosenmittagessen, 30	15.— „
31)	Lebensmittelgutschein von Geschäften, 90 a 1.— RM.	90.— „
32)	Männeranzüge, 58	870.— „
33)	Männermäntel, 49	490.— „
34)	Männerröcke, 72	216.— RM.
35)	Männer-Tuchhosen, 262	1 310.— „
36)	Männer-Westen, 23	34.50 „
37)	Männer-Hemden, 564	564.— „
38)	Männer-Unterhosen, 145	145.— „
39)	Männer-Socken, 530	530.— „
40)	Frauen-Mäntel, 68	136.— „
41)	Frauen- und Kinderkleidung, 359	359.— „
42)	Frauen-Unterwäsche, 113	56.50 „
43)	Hemdenflanell, 1 342 Meter	671.— „
44)	Wolle, 102 Pfund	306.— „
45)	Schuhe, neu, 937 Paar	4 685.— „
46)	Schuhe, alt, 152 Paar	456.— „
47)	Schuhreparaturen, 15 Paar	45.— „
48)	Hausschuhe, 56 Paar	140.— „
49)	Bettbezüge, 36 Stück	36.— „
50)	Kopfkissenbezüge, 62 Stück	62.— „
51)	Bettücher, 60 Stück	60.— „
52)	Betten und Bettwerk	89.— „
	Sa.	80 461.84 RM.

Die gegebene Darstellung bringt nun klar und deutlich den Opferwillen und die Opferfreudigkeit der Volksgenossen der Stadt Durlach zum Ausdruck, sie zeigt aber auch, in welch weitgehendem Maße den bedürftigen Volksgenossen unserer Stadt geholfen worden ist. Groß ist der Erfolg, groß war die Arbeit. Dank und Anerkennung sei in erster Linie den opferbereiten Volksgenossen und Volksgenossinnen unserer Stadt gesagt, denn nur durch ihre Tat konnte das Werk gelingen. Herzlichen Dank und Anerkennung möchte ich aber auch aussprechen meinen Mitarbeitern und all den vielen ehrenamtlich tätigen Helfern und Helferinnen, die mich in der Arbeit treu und ehrlich unterstützt haben. Was wir alle getan haben, war unsere hohe und heilige Pflicht. Wir haben im Geiste der Volksgemeinschaft geopfert, gearbeitet und gegeben, wir haben unseren Führer und Volkskanzler Adolf Hitler in seiner schweren Aufgabe unterstützt und damit einen kleinen Beitrag am Auf- und Ausbau unseres Vaterlandes geleistet. Dies sei unser Stolz und unsere Freude. Dies soll uns neue Kraft geben zur Weiterarbeit bei allen Aufgaben, die an uns herantreten.

Der von Pg. Balschbach gegebene Bericht wurde mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen. Pg. Bürgermeister Dr. Lingens gab seiner Freude über den überaus guten Erfolg des Winterhilfswerks Ausdruck und schloß sich den vom Ortsbeauftragten des WHW. ausgesprochenen Dankesworten an. Er richtete an die Anwesenden die Bitte, diesen Dank hinauszutragen in die Bevölkerung, denn ihr sei es zu verdanken, daß dieses große soziale Hilfswerk zum zweiten Mal in der Stadt Durlach erfolgreich durchgeführt werden konnte. Schließlich sprach er Pg. Balschbach besonderen Dank für seine unermüdliche Arbeit aus. Die Schlußsitzung vollzog sich in feierlichen Form und ein „Sieg-Heil" auf den Führer und Volkskanzler Adolf Hitler schloß sie ab.

Die NS.-Volkswohlfahrt und ihr Aufgabengebiet in den Sommermonaten.

Durch Rundfunk und Presse ist bekannt, daß die NS.-Volkswohlfahrt (NSV.) jetzt und in den kommenden Monaten ihre Hauptaufgabe in der Durchführung eines großzügigen Erholungswerks für das deutsche Volk sieht. Daneben gilt es das Hilfswerk „Mutter und Kind" fortzuführen. Zum Zwecke der Festlegung des Arbeitsprogramms hielt der Amtsleiter der NSV., Pg. Balschbach, am letzten Freitag mit seinen Zellen- und Blockwaltern eine Besprechung ab. Ueber das Wesentliche, über das was die Oeffentlichkeit interessiert, soll an dieser Stelle kurz berichtet werden:

Das Winterhilfswerk ist abgeschlossen. Sein Erfolg war in der Stadt Durlach groß und die Hilfeleistung für die bedürftigen Volksgenossen recht beachtlich. Das Nähere ergibt sich aus dem erschienenen Abschlußbericht. Es gibt nun für die NSV., die das Winterhilfswerk durchgeführt hat, kein Ruhen und Einschlummern, sondern es gilt in den Sommermonaten die Aufgaben durchzuführen, die unerläßlich sind und die dem Wohle des Volkes dienen. Zunächst sei hier erwähnt, daß die Mitgliedersperre in der NSV. aufgehoben ist. Die Block- und Zellenwalter und die Geschäftsstelle der NSV. nehmen jetzt wieder Anmeldungen zur Aufnahme in die NSV. entgegen. Es muß Pflicht eines jeden Volksgenossen sein, die Mitgliedschaft bei der NSV. zu erwerben, denn nur dann kann auch den hilfsbedürftigen und würdigen Volksgenossen die erforderliche und notwendige Hilfe geleistet werden. Austretende Mitglieder haben nicht das Recht, das NSV-Abzeichen ein Abzeichen der Partei, weiterhin zu tragen. Die Blockwalter der NSV. werden an einem der nächsten Tage alle Familien aufsuchen und werden ihnen ein Werbeheft in die Hand geben, das auf der vorletzten Seite Erklärungen enthält, in welcher Weise sich der einzelne Volksgenosse an der Arbeit der NSV. beteiligen will. Es darf nicht vorkommen, daß die ehrenamtlich tätigen Blockwalter der NSV. bei ihrer Vorsprache unhöflich behandelt werden und daß diese Werbehefte ungelesen in irgendeine Ecke geworfen werden. Es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß alle Volksgenossen im Rahmen ihres Könnens ihr Scherflein auch zum Gelingen der gesundheitsfürsorgerischen Maßnahmen beitragen. Vorsorge ist bekanntlich besser, wie Fürsorge. Wenn unsere Kinder durch einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in einem Erholungsheim oder bei einer Familie auf dem Lande Stärkung und Gesundung erfahren können, um sie vor Krankheit und schlechter Entwicklung zu schützen, dann werden zu einem späteren Zeitpunkt Einsparungen erzielt werden, die sich u. a. auch in steuerlicher Hinsicht für die Volksgenossen, die heute ihre kleine Spende geben, günstigauswirken. Weiter werden die Blockwalter der NSV. eine Werbung nach Freiplätzen für um die nationale Erhebung verdienten PG., SA.- und SS-Männer betreiben. Auch dem schwerarbeitenden Volksgenossen will das Erholungswerk Gelegenheit geben zum Ausspannen, auch für ihn sammelt die NSV. Freistellen. Sei sich jeder deutsche Volksgenosse seiner Pflicht bewußt und tue jeder was in seinen Kräften steht. Bei der Durchführung des Winterhilfswerks haben wir in erfreulicher Weise feststellen dürfen, daß es der weitaus großen Mehrzahl der Durlacher Bevölkerung am Opferwillen und an der Opferfreude nicht fehlt. Wenn wir jetzt an sie den Appell richten, in diesem Geiste fortzufahren, dann sind wir überzeugt, daß der Erfolg wiederum nicht ausbleiben wird.

Zum Haushaltsplan der Stadt Durlach für das Rechnungsjahr 1935/36.

In dem in dieser Zeitung unterm 13. v. Mts. erschienenen Bericht über den Haushaltsplan der Stadt Durlach für das laufende Rechnungsjahr war u. a. bemerkt, daß über die Arbeiten der Stadt auf dem Gebiete der Fürsorge in einem besonderen Artikel berichtet werden wird. Dieser Bericht soll nunmehr folgen.

Diejenigen Volksgenossen, die sich für den Haushaltsplan der Gemeinde interessieren, wissen, daß der Haushaltsplan in Reich, Staat und Gemeinde durch die mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Fürsorgelasten ungünstig beeinflußt worden ist. Wenn man weiß, daß in Durlach noch in den Jahren 1932 und 1933 an 6 Tagen genau so viel Fürsorgeaufwand entstanden ist als im Jahr 1913 das ganze Jahr hindurch verausgabt werden mußte, so erkennt man an diesem Beispiel am allerdeutlichsten, auf welchem unheilvollen Wege wir waren Wenn wir gerade die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserer engeren Heimat, der Stadt Durlach, an unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, dann dürfen wir auch heute das wiederholen, was schon mehrfach ausgesprochen worden ist. Ohne Machtergreifung durch unseren Führer und Volkskanzler Adolf Hitler wären wir dem wirtschaftlichen und kulturellen Untergang geweiht gewesen. Am Tage nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus, am 31. Januar 1933, zählten wir in der Stadt Durlach 2834 statistisch erfaßte Arbeitslose. Darunter befanden sich allein 1093 Wohlfahrtserwerbslose, d. h. solche Arbeitslose, die der Stadt fürsorgerisch und finanziell voll und ganz zur Last fielen. Für diese Wohlfahrtserwerbslosen mußte die Stadt allein einen Unterstützungsaufwand von über einer halben Million Reichsmark aufbringen. Der Fürsorgeetat schloß am 31. 3. 1933 mit einer Ausgabe von 1 514 707 RM. und einem städtischen Zuschuß von 747 418.— RM. ab. Durlach stand damals mit der Zahl seiner Arbeitslosen und insbesondere mit der seiner Wohlfahrtserwerbslosen an erster Stelle unter den sämtlichen Städten Badens. Auf 1000 Einwohner entfielen damals allein 60,7 Wohlfahrtserwerbslose. Die nächstbelastete Stadt war Heidelberg mit 55,7. Von diesem Zeitpunkt ab, d. h. also mit der Führung des Staates durch Volkskanzler Adolf Hitler zeigt sich folgende Entwicklung, die sehr bezeichnend ist für die Arbeit und den Erfolg der nationalsozialistischen Regierung. Am 31. 3. 1933 hatte die Stadt Durlach noch 1052 W. E. (Wohlfahrtserwerbslose) oder 58,4 auf 1000 Einwohner. Heidelberg folgte mit 54,3, Mannheim mit 53, Rastatt mit 47,8, Pforzheim mit 43,4, Karlsruhe mit 42,2, Offenburg mit 41,8 und Bruchsal mit 41,7. Durlach hatte auch hier noch die Führung. Am 31. 3. 1934, ein Jahr später, hatte Durlach noch 448 W. E. oder 24 auf 1000 Einwohner. Die Führung hatte übernommen Rastatt mit 32,4, anschließend folgt Mannheim mit 29,4, Pforzheim mit 28,3, Heidelberg mit 27,3, Offenburg mit 25,1, Karlsruhe mit 24,5 und Bruchsal mit 14,5. Durlach trat hiernach im Vergleich zum Vorjahr von der 1. an die 7. Stelle. Am 31. 3. 1935, nach einem weiteren Jahr, hatte Durlach noch 191 W. E. oder 10,2 auf 1000 Einwohner. Die 1. Stelle hat eingenommen Pforzheim mit 21,1, die 2. Stelle Mannheim mit 16,8, die 3. Stelle Offenburg mit 15,2, die 4. Stelle Karlsruhe mit 14,1, die 5. Stelle Heidelberg mit 12,6, die 7. Stelle Rastatt mit 6,9 und die 8. Stelle Bruchsal mit 6. Wie war nun diese Wegschaffung der Wohlfahrtserwerbslosen in Durlach möglich? In erster Linie waren es die durchgreifenden Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, sodann die Einrichtung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, die Heranziehung namentlich der jungen Leute für Landhilfe und Arbeit in der Landwirtschaft und nicht zuletzt, soweit die Stadt Durlach in Frage kommt, die Durchführung von Arbeiten zwecks Beschäftigung der Wohlfahrtserwerbslosen. Gerade die letztere Maßnahme verlangte naturgemäß von der Stadt ein nicht unerhebliches finanzielles Opfer. Dadurch war es auch nicht zu ermöglichen, den Fürsorgeaufwand gerade in den Rechnungsjahren 1933/34 und 1934/35 wesentlich zu senken. Die Entlastung der Stadt tritt vielmehr erst jetzt mit Beginn des neuen Rechnungsjahres in Erscheinung. Während der Fürsorgeaufwand für die Wohlfahrtserwerbslosen, wie vorausgehend erwähnt, am 31. 3. 1933 noch über ½ Million RM. betrug, beziffert er sich heute noch auf etwa 70 000 RM. Wenn für dieses Jahr ein ausgeglichener Voranschlag vorgelegt werden konnte, so findet dies seine Ursache in der geschilderten Entwicklung. Die Zahl der Arbeitslosen-Unterstützungsempfänger hat sich gegenüber dem Jahre 1933 auf 1475, also um 1359 vermindert. Wenn man sich auch über diesen Erfolg freuen kann, so ist es aber doch noch immer eine weniger erfreuliche Tatsache, daß die heutige Zahl der Arbeitslosen für die Stadt Durlach noch verhältnismäßig viel zu groß ist und daß sie noch immer eine sehr starke finanzielle Belastung für die Stadt bedeutet. Wenn eines unserer größten Unternehmen am Platze in die Lage versetzt wird und wir wollen hoffen, daß dies in absehbarer Zeit doch der Fall sein wird, die Arbeiterzahl nur zu verdoppeln, dann wird man auch in Durlach von einer Arbeitslosigkeit nicht mehr sprechen können. Sache aller Betriebe, auch der kleinsten am Platze, muß es sein, die Stadtverwaltung in der Folgezeit noch mehr, als dies bisher der Fall war, in all ihren Maßnahmen, gerade aber auch auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung tatkräftig zu unterstützen, dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo die steuerliche Belastung wieder ein erträgliches Maß erreicht haben wird.

Badisches Staatstheater

Freitag, 3. Mai 1935

F 26 (Freitagmiete) Th.-Gem. III. S. Gr. 2. Hälfte u. 601—700

Zum ersten Mal

Hier sind Gemsen zu sehen!

Volkskomödie v. Sigmund Graff
Regie: v. d. Trenck.

Mitwirkende: Ervig, Frauendorfer, Gebelein, Genter, Klas, Ernst, Fazler, Gemmecke, Höcker, Kienscherf, Kloeble, Kreuter, Kuhne, Land, Mathias, Müller, Prüter, Steiner

Anfang 20 Uhr Ende 22 45 Uhr
Preise C (0.80—4.50 ℳ)

Sa. 4. 5. Munken Vendt.

25—30 Zentner
Dickrüben
zu verkaufen
Wolfartsweier, Hauptstr. 12.

Ca. 10 Ztr.
Kornstroh
zu verkaufen
Grünwettersbach
Wiesenstraße 230 a

Findig wie ein Detektiv
ist die kleinste Anzeige im
Durlacher Tageblatt!

Haben Sie schon?

Wegen der überaus starken Nachfrage nach Karten für das morgige **große Militär-Konzert** der Gaukapelle XXVII **(20³⁰ Uhr Blumensaal)** findet kein Verkauf in den Häusern statt. Es gibt noch einige Karten in den Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse.

Also Eintrittskarten .... **Noch heute besorgen!**

Statt Karten.

Unser lieber, guter Vater

Alfred Joseph

Steuerassistent i. R.

ist heute sanft entschlafen.

DURLACH, den 2. Mai 1935.
Baseltorstraße 41.

In tiefer Trauer:

Marie Joseph geb. Rück **nebst Angehörige**

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.
Trauerfeier: Samstag 2 Uhr Friedhofkapelle Durlach.
Einäscherung findet in aller Stille statt.

Heute nachmittag 5 Uhr Festvorstellung

Markgrafen-Theater

Einlaß ab ½5 **Uhr** weitere Vorstellungen **7** u. **9 Uhr**

Samstag Beginn des Hauptfilms 7 und 9 Uhr.

Sonntag Beginn des Hauptfilms ½3, ½5, ¾7, 9 Uhr.

Laut Anordnung der Reichsfilmkammer darf zu diesem Film keinerlei Beiprogramm gezeigt werden. Wir bitten deshalb, die Anfangszeiten besonders beachten zu wollen!

KAMMERLICHTSPIELE

Heute 8³⁰ Festvorstellung

unter Mitwirkung der

Gaukapelle des F. A. D.

unt. persönl. Leitg. v. Gaumusikzugführer K. Vogel.

Vorführungen täglich 7⁰⁰ und 9⁰⁰ Uhr.

— Einlaß nur zu den Anfangszeiten —

(Karten zum verbilligten Eintritt **nur** bei den **Parteidienststellen).**

Heute ab ¾8 Uhr **Militärkonzert** vor dem Theater

Inserieren bringt Erfolg!

Aus dem Schaufenster winken

jetzt verlockende Frühjahrsstoffe in hübschen, bunten Mustern und Farben. Wohl kaum eine Frau kann daran vorbeigehen, sie bleibt gern stehen, um dann zu überlegen: Ist das etwas für mich? Die regelmäßig wiederkehrenden Fragen: Was trägt man? — Welche Farben? — sind immer wichtig. Natürlich ist das in jedem einzelnen Falle verschieden. Kleine Leute sollen keine großen Muster wählen, vollschlanke keine Querstreifen usw. Eine geschickte Verkäuferin weiß das auch. Aber Sie selbst wollen doch, daß Ihnen der Stoff nicht nur im Augenblick des Kaufes gefällt — nein, er soll erst recht im Gebrauch und trotz Sonne und häufiger Wäsche seine schönen Farben behalten.

Bei indanthrenfarbigen Geweben haben Sie diese Gewißheit, denn sie sind bekanntlich **unübertroffen waschecht, lichtecht, wetterecht.**

Beachten Sie die

Indanthrenschau bei **BURCHARD**

Indanthren

Ein Blick

in den May-Fuß-Spiegel zeigt Ihnen genau die Fehlstellungen Ihrer Füße.

Supinater

Sonderveranstaltung

„Im Frühjahr Fußgesundheit zuerst"

vom 2. Mai bis einschl. 4. Mai.

Fußspiegelung unverbindlich von einer Spezialistin

Reformhaus „Alpina"

Karlsruhe, Kaiserstr. 68

Haltestelle: Adolf Hitlerplatz.

Zum Einweichen u. Waschen immer

Dr. Thompson's **Schwan Pulver**

Jetzt billiger: Pak. 22 Pfg., Doppelpak. nur 40 Pfg.

Bringe morgen

Rhein- u. Seefische sowie Zickelchen

auf den hiesigen Wochenmarkt

Berthold Reichert

Stand am Marktbrunnen.

Turnerschafts-Platz

Grötzingerstraße

Handball-Aufstiegsspiel

Polizei Karlsruhe

gegen

Tgde. Ziegelhausen

Beginn 3 Uhr.

Bei **Leibleibigkeit** **Verstopfung** **Express.** Bonbons Dose 1.45 Wirken prompt - ohne Schmerzen

Erhältl.: **Julius Schaefer** Blumen-Drogerie u. Photo-Haus

Mädchen

per sofort **gesucht** als Hausgehilfin. Angebote unt. Nr. 302 an den Verlag.

Junge Putzfrau gesucht

Zu erfragen im Verlag.

Brillen nach jedem Rezept und für jede Krankenkasse liefert **Optiker A. Schäfer.**

Sommersprossen verschwinden sicher durch Frucht's **Schwanenweiß** Schönheitswasser APHRODITE beschleunigt die Wirkung u. macht eine zarte Haut.

Adler-Drog. H. Hinkelmann, Frisier-Salon W. Brückel

Adolf Hitlerstraße

Gesucht Zimmer u. Küche pünktliche Zahlung, sofort od. auf 15. 5. 35. Angebote unter Nr. 301 an den Verlag.

V. f. R.

Sportplatz Weingartenerstr.

Sonntag, den 5. Mai 1935, vormittags ½11 Uhr

Reichsb. T. u. Sp. V. Karlsruhe I.

---

4 Zimmerwohnung

mit allem Zubehör in schönster Turmberglage zu vermieten.

Angebote unter Nr. 306 an den Verlag.

---

45 qm Lagerraum

(Nähe Marktplatz) zu vermieten.

Zu erfragen im Verlag

Räumlichkeiten zu vermieten

2 Pritschenwagen, Berner- u. Jagdwagen zu verkaufen

G. H. Hecht, Friedrichstr. 4.

---

3 Zimmerwohnung

mit Bad, möglichst Turmbergviertel, bis 1. Juli gesucht.

Offerten unter Nr. 303 an den Verlag.

Auch mein alter

Holzboden, der ganz rissig und abgetreten war, ist jetzt so schön wie Parkett, so gut ist ihm die Pflege mit dem farbstarken KINESSA Holzbalsam bekommen. Der Boden hat Nahrung, wundervollen Glanz und schöne Farbe bekommen, die auch trotz nassem Wischen monatelang halten. Das Holz ist nicht mehr rauh, und es gibt viel weniger Staub. Das Heim ist wohnlicher und gesünder mit

KINESSA

HOLZBALSAM

Adler-Drogerie.

Gesellschaft Bavaria

Am Sonntag, den 5. Mai findet unser

Maiausflug

statt. Zusammenkunft 7 Uhr Baslertorstraße 27.

Der Vorstand.

Deutsche Stenografenschaft

Ortsgruppe Durlach.

Der **Fortbildungskurs**

beginnt am Montag, den 6 Mai, abends 20 Uhr, in der Friedrichschule. Daselbst werden noch Anmeldungen für den Kurs entgegengenommen.

Der Ortsgruppenführer.

NB. **Abfahrt nach Bruchsal** morgen abend 19.40. Treffpunkt 19.30 Bahnhofeingang. D. O.

Samstag, 4. Mai 1935

Germania I

gegen

V. f. B. Mühlburg I

Spielbeginn 17½ Uhr.

Vorher **Jugendspiel.**

Spielvereinigung 1910 Durlach-Aue

Sonntag, den 5. Mai 1935 nachmittags 3½ Uhr

Frankonia Bruchsal

gegen

Sp. Vg. Durl.-Aue

Vorher untere Mannschaften.

Waschkessel, Herd mit Feuerr. auch rev. bed. kauft. Angebote unter Nr. 304 an den Verlag.

Haus-Verkauf.

Teilung wegen wird **zweistöckiges Wohnhaus** in zentraler Lage mit Werkstätte, Garten (Bauplatz) und Schopf preiswert verkauft. Anfragen unter Nr 305 an den Verlag des Durlacher Tageblattes.

Zu verkaufen **2 Bettstellen mit Rost,** sowie eine **Strickmaschine** sehr billig abzugeben. Zu erfragen im Verlag.

Koffer-Gramophon

mit 30 Platten, sehr gut erhalten zu verkaufen

Grötzingerstraße 20, I. Stck.

Ig. Hasen, 2 Mt. alt, ebenso **Springrost** mit 3teil. Matratze billig zu verkaufen

Lammstraße 38, II. St.

Stangenbohnen

Phänomen Pfd. 1.20 M

zu verkaufen

August Kleiber, Kelterstr. 30.

Zimmerbuffet, versch. Tische, versch. Bettstellen m. Rost, Kommode, Sofa m. 2 Polstersessel, Diwan, Nachttische, Stühle, 1 u. 2tür. Kleiderschränke billig zu verkaufen

Kiemle, Herrenstraße 17.